

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538
Entgelt bezahlt
Frühjahr 2007
Nr. 155, 36. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Neoliberalismus – Anspruch und Wirklichkeit

„Die Wirtschafts-Zauberformel war märchenhaft schlicht und auch für ungeübte Hexenmeister wie geschaffen. Sie sollte Blech in Gold, Wasser in Wein und Armut in Wohlstand verwandeln. Die Zauberformel, die als ‚Washingtoner Konsens‘ in die Geschichte eingehen sollte, lautete so: Wenn alle Nationen dem Staat Zügel anlegen und sich der unsichtbaren Hand des Marktes anvertrauen; wenn sie Steu-

ern senken, Haushalte sanieren, Inflation bekämpfen, öffentliche Güter privatisieren und Kapitalinvestoren mit offenen Armen empfangen – dann werden alle Menschen auf der Erde ihr trauriges Los verbessern. Ihr Wohlstand wird wachsen und sich mehren im Laufe der Zeit. Völker hört die Signale: ‚Mehr Markt, weniger Staat‘.“

Thomas Assheuer in „Die Zeit“ v. 18. 1. 2007



losigkeit und Konsumschwäche verantwortlich. Say kennt weder Mehrwert noch Produktion auf erweiterter Stufenleiter: „Betrachtet man eine Nation in ihrer Gesamtheit, so hat sie kein Nettoproduct; denn da der Wert der Produkte gleich ist den Kosten ihrer Produktion, so zieht man, wenn man diese Kosten abzieht, den ganzen Wert der Produkte ab.“ „Traite d'Econ. Politique“, zit. nach Marx, Theorien über den Mehrwert, Bd. 1, S. 75)

Nach liberaler Theorie, besonders derjenigen Says (Marx nennt ihn den „Vulgarisator der smith'schen Theorie“) sorgt (etwas verkürzt) das freie Spiel des Marktes für allseitige Harmonie und Ausgleich aller Widersprüche.

Fortsetzung auf Seite 3

Die „ungeübten Hexenmeister“ (Weltbank, IWF, US-Finanzministerium), die nach dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“, beraten von „Wirtschaftswissenschaftlern“ wie Milton Friedman, die Bilanz aus Reagans Wirtschaftspolitik zogen und als verbindlich für alle Welt erklärten, nahmen eine alte ökonomische Lehre in ihrer einfachsten Form wieder auf: Den Liberalismus, insbesondere in der Version Jean-Baptiste Says (1767 – 1832). Auf ihn berief sich z.B. der frühere BDI-Präsident Rogowski: Das saysche Theorem, nach dem allein der Preis (auch der Ware Arbeitskraft) für den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Markt Sorge, sei auch seine

Überzeugung. Behinderungen der Marktkräfte durch Tarifverträge, Arbeitsrecht u.ä. seien für die Arbeits-

Inhalt

- Neoliberalismus – Anspruch und Wirklichkeit	Seite 1
- „Die Linke“ und die linke Einheit	Seite 8
- „das rettende Ufer zu erreichen“	Seite 11
- Nachbetrachtungen zum AEG-Streik	Seite 14
- WSI-Verteilungsbericht 2006	Seite 16
- Wer Renten kürzt – meint Steigerung der Profite	Seite 17
- Sicherheitskonferenz in München – Widerstand ist möglich	Seite 18
- Die Gewerkschaften verlieren weiter an Glaubwürdigkeit	Seite 21
- Gewerkschaften als Immobilienbesitzer und Arbeitgeber	Seite 23
- Presseerklärung des Dorfener Bündnis gegen Rechts	Seite 25
- Der Stein des Anstoßes	Seite 27
- VGH-Urteil zu Berufsverbot	Seite 30

In eigener Sache

Das vorliegende Heft wird von der Gewerkschaftspolitik und innenpolitischen Ereignissen beherrscht.

Unser Kopfartikel befaßt sich mit dem Neoliberalismus. Was darunter zu verstehen ist, wie diese Ideologie politisch eingesetzt wird und wo sich Gegenkräfte zeigen, damit befaßt sich dieser Artikel unter anderem.

Mitte Februar fand in Berlin eine „Arbeitskonferenz“ der GFSA statt. Neben den Genossinnen und Genossen der Gruppe **Arbeiterpolitik** und anderen Teilnehmern war auch die **Gruppe Arbeiterstimme** vertreten. Hauptthemen waren die betrieblichen Kämpfe und gewerkschaftlichen Perspektiven. Inhaltlich waren wir mit zwei Referaten beteiligt, die wir in dieser Nummer abdrucken: 1. Eine Nachbetrachtung des AEG-Streiks.

2. Zur Lage der Betriebe im Osten Deutschlands und der gewerkschaftlichen und ökonomischen Perspektive. Das Referat von Ekkehard Lieberam: „*Arbeitende Klasse in Ostdeutschland*“ werden wir in der nächsten Nummer abdrucken. Andere dort gehaltene Referate und diskutierte Themen, wie der Kampf der BSH-Belegschaft in Berlin um ihre Arbeitsplätze sowie über die Schlußfolgerungen aus dem Gate-Gourmet-Streik usw., finden sich in der im Februar erschienen Nr. 1/2007 der **Arbeiterpolitik** (Zu erhalten unter der Adresse: „GFSA e.V. Postfach 106426 D-20043 Hamburg“ Internet: www.arbeiterpolitik.de e.mail: arpo.berlin@gmx.de).

Mit dem inneren Zustand der Gewerkschaften befaßt sich ein Artikel, der ebenso wie ein Nachdruck aus „Leipzigs Neue“ deren schwindende Glaubwürdigkeit aufs Korn nimmt.

Auf den WSI-Bericht und die Rentenreform gehen wir in zwei kürzeren Beiträgen ein. Die Umtriebe der Nazis in Dorfen und Umgebung hören nicht auf. In der Pressemitteilung des „Dorfener Bündnis gegen Rechts“ zieht dies eine Zwischenbilanz nach zwei Jahren. Was die Demonstrationenfreiheit in Deutschland noch wert ist, zeigt sich ständig, so auch wieder anlässlich der sogenannten „Sicherheitskonferenz“ in München, über die wir berichten. Zum den Gedenkstein „Für die Opfer des Stalinismus“ bringen wir unseren marxistischen Standpunkt ein.

Ekkehard Lieberams Artikel über „*Die Linke und die linke Einheit*“ mit dem er die Partei „Die Linke“ unter die marxistische Lupe nimmt, stand im Januar in der „jungen Welt“ und wir möchten ihn auch unseren Lesern empfehlen.

Vorankündigung: Am 19. und 20. Mai findet in München ein Wochenendseminar der Gruppe Arbeiterstimme statt. Hauptthema sind die neuen Entwicklungen in Lateinamerika, u.a. Venezuela – Chavez und die sozialen Bewegungen. Die Gruppe International Dorfen referiert über Kolumbien.

Daneben werden wir uns noch mit der Einschätzung der aktuellen Gewerkschaftspolitik befassen.

Anmeldungen über unsere Gruppenadresse oder Telefon 0911/5180381, abends.

Wir möchten auch darauf hinweisen, daß inzwischen die Broschüre zur letztjährigen Leverkusener Konferenz erschienen ist. Sie enthält die Beiträge zu dem Treffen kommunistischer Gruppen, die unter dem Thema „*Marxismus und Staat*“ stand. Die Broschüre kann zum Preis von 2,50 Euro unter der Redaktionsadresse bestellt werden.

Ein Hinweis: Anlässlich seines letztjährigen 90. Geburtstags ist ein Film über Prof. Dr. Theodor Bergmann (früher KJO/KPO) erschienen, der über sein politisches Leben berichtet. Der Film ist am 13. 4. im KulturLaden Westend in München, Ligsalzstraße 44, zu sehen, desgleichen am 7. 5. im Club Voltaire im Münchener Fraunhofertheater, Fraunhoferstraße. Im Club Voltaire wird Theodor Bergmann selbst anwesend sein.

ACHTUNG! Das Abo für 2007 wird fällig! Wir haben für diesen Zweck einen Überweisungsträger beigelegt. Allen, die schon bezahlt oder gespendet haben, sagen wir hier schon herzlichen Dank!

Wir können unsere Aufgabe nur erfüllen, wenn unsere Leser uns auch finanziell unterstützen.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presderechts: **Thomas Gradl**, Bucherstraße 20, 90408 Nürnberg
 Druck: Eigendruck im Selbstverlag.

Verleger, Zuschriften:
Thomas Gradl, Postfach 910307, 90261 Nürnberg

e-Mail:
redaktion@arbeiterstimme.org
 Internet: www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung:
Hans Steiger
 Postbank München
 BLZ 700 100 80
 Konto: 665924-808

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen

Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



Insofern ist das „Neo“ vor dem Wort Liberalismus unrichtig. Ich verwende es trotzdem weiter, da es nun mal eingebürgert ist.

Marktradikalismus

Nicht allein der (bürgerliche) Staat behindert Wachstum und Fortschritt in Wirtschaft und Technologie. Mehr noch müssen gesellschaftliche Kräfte, die das Kapital in seiner Verwertung hindern oder beschränken ausgeschaltet werden. Das gilt besonders für Gewerkschaften. Der erwähnte Herr Rogowski träumte davon, alle Tarifverträge im Lagerfeuer zu verbrennen.

Hauptangriffsziele auf nationaler wie globaler Ebene und Betätigungsfelder der „Neoliberalen“ sind dabei:

- **Deregulierung:** Gesetze, die das „freie Unternehmertum“ (auch freier Wettbewerb genannt) einschränken, sind abzuändern. Besonders gilt das für Arbeitsschutzgesetze. Aber auch Genossenschaften, die z.B. die „freie“ Verwertung von Wohnraum behindern oder Sparkassen, die dem Finanzkapital Verwertungsgebiete streitig machen, sind dem Wettbewerb auszuliefern.

- **Tarifpolitik:** Die Rechte der Gewerkschaften konnten zwar (noch?) nicht gesetzlich aufgehoben werden, die Unternehmer unterlaufen aber zunehmend die Tarifbindung. Druck von veröffentlichter Meinung und Politik führten nicht nur zu „moderaten“ Lohnabschlüssen. Die Lohnerhöhungen (soweit überhaupt real) sollen flexibilisiert, d.h. entweder schon beim Abschluß an die Profitsituation der jeweiligen Betriebe angepaßt werden, oder während der Laufzeit durch Sondertarife oder tariflich abgesicherte Betriebsvereinbarungen (Pforzheimer Abkommen) an tatsächliche oder vorge-täuschte Unternehmenskrisen Lohnsenkung und/oder Arbeitszeitverlängerung (ohne Lohnausgleich) fest-schreiben. Mindestlöhne werden in Deutschland verhindert. In anderen Ländern (z.B. USA) wurden sie jahrelang nicht erhöht – also real gekürzt.

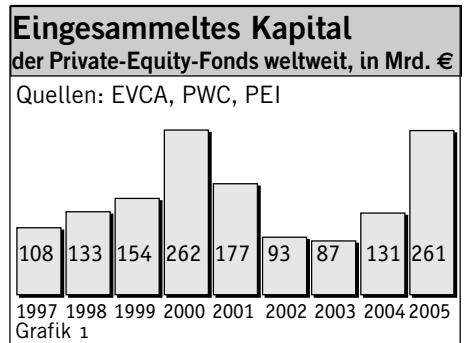
- **Privatisierung:** Weil das freie Unternehmertum grundsätzlich alles besser kann als der Staat oder gesell-

schaftliche Selbstorganisationen, sollen möglichst alle Staatsbetriebe privatisiert werden – aber zu den Bedingungen des Kapitals. Wo keine Gewinne, vor allem Monopolgewinne, zu erwarten sind, erlahmt das Interesse des Kapitals und der „Neoliberalen“. Statt Versorgungssicherung mit wichtigen Dienstleistungen für die Bevölkerung, ist Profitmaximierung zu ermöglichen. Ein Beispiel dafür ist in Deutschland die Post: Verschlechterung beim Service, Massenentlassungen und Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich gewährleisteten Dividenden und Kurssteigerungen. Die versprochenen Preissenkungen für die „Kunden“ waren bestenfalls kurzfristiger Natur oder, wie im Paketbereich, durch die Konkurrenz von anderen Postdiensten in Ballungsräumen erzwungen (d.h. zu relativ geringen Kosten; die Versorgung in der Fläche bleibt der Post). Neuerdings hat ein Rat von „Sachverständigen“ vorgeschlagen, sämtliche Schulen in private Trägerschaft zu überführen. Die Liste der Beispiele, national wie international, ließe sich beliebig verlängern. Rein zufällig entstehen dadurch aber auch neue Monopole wie z. B. bei der Energieversorgung, die zusätzliche Monopolprofite ermöglichen.

- **Globalisierung:** Die einheitliche Ausweitung der kapitalistischen Produktion soll dem Kapital ungehemmte Ausweitung der Verwertungsgebiete ermöglichen. Jeder Schutz der Produzenten und Verbraucher ist dem Kapital dabei ein Ärgernis. „*Es ist aber nur der foreign trade (Außenhandel, Anm. d. Verf.), die Entwicklung des Markts zum Weltmarkt, die das Geld zum Weltgeld und die abstrakte Arbeit zur gesellschaftlichen Arbeit entwickelt. ... Die kapitalistische Produktion beruht auf dem Wert oder der Entwicklung der in dem Produkt enthaltenen Arbeit als gesellschaftlicher. Dies aber nur auf Basis des Foreign trade und des Weltmarkts.*“ (Marx, *Theorien über den Mehrwert, Bd. 3, Kap. 21, S. 250*) Landwirtschaft ist in die kapitalistische Verwertung mit einzubeziehen. Vernichtung von Klein- und Mittelbauern in den entwickelten, wie noch bestehender Reste von Subsistenzwirtschaft (Selbstversorgung) in den Entwicklungsländern greift um sich. Genverändertes Saatgut erzwingt dauernde Abhängigkeit der Bauern

von den jeweiligen Saatgut-Konzernen. Patentschutz wird auch in den Entwicklungsländern erzwungen, die seit Menschengedenken Naturheilmittel oder Kulturpflanzen in et-was anderer Form anwandten. Dafür werden Verbraucherschutz bzw. -information behindert (Kennzeichnungspflicht für Zusatzstoffe oder genveränderte Nahrung ist Teufelswerk). Nur weltweite Gleichförmigkeit der Verwertungsbedingungen kann den einheitlichen Weltmarkt für die kapitalistische Produktion und Reproduktion sichern.

- **Zölle und andere Handelshemmnisse** sind abzuschaffen – außer wenn sie Interessen der industrialisier-



ten Länder erfüllen (vor allem in der Landwirtschaft).

- **Soziale Enteignung:** Rechte der Lohnarbeiterschaft vor allem bei der sozialen Sicherung werden eingeschränkt, da die Lohnzusatzkosten angeblich Arbeitsplätze gefährden. Tatsächlich sind die Beiträge der Unternehmer zur Sozialversicherung Lohnbestandteile. Ihre Festschreibung oder Kürzung ist Lohnkürzung. An die Stelle der Sozialversicherung sollen „private Vorsorge“, Pensionsfonds, Riester-Rente und ähnliches treten, die dem Finanzkapital lukrative Verwertungsmöglichkeiten bieten und die Versicherten den Risiken der Kapitalmärkte ausliefern.



● **Vorherrschaft des Geld- / Finanzkapitals:** Das produktive Kapital wird zunehmend den kurzfristigen Zinsinteressen des Finanzkapitals unterworfen. Fusionen, aber auch Abwicklungen von Unternehmen, die Waren produzieren, sind ein immer bedeutenderes Geschäftsfeld der Großbanken. Neu sind Geldkapitalmassen, die anlagesuchendes Kapital sammeln (z. B. von Pensionsfonds, also privaten bzw. privatisierten Sozialversicherungen), produktives Kapital aufkaufen und die auf maximale, aber kurzfristige Verzinsung angewiesen sind (vgl. Graphik 1). Dieser Zwang entspricht der weit höheren Beweglichkeit auch großer Kapitalmassen. Wenn Verzinsung nicht für ausreichend gehalten wird, kann Geldkapital schnell aus Unternehmen oder ganzen Staaten abgezogen werden. Staatliche Hemmnisse sind weitgehend ausgeschaltet. Wo gesetzliche Schranken noch bestehen (z.B. in den USA), kann auf Offshore-Finanzplätze ausgewichen werden. Die hohe Beweglichkeit ist auch auf die technische Entwicklung zurückzuführen, die Transaktionen fast ohne Zeitverzögerung ermöglicht.

● **Technischer Fortschritt:** Neben der Verminderung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit zur Erzeugung einer Ware (Steigerung der Produktivität) wirken sich auch Verkürzungen der Zirkulationszeit profitsteigernd aus. „Das Hauptmittel zur Verkürzung der Zirkulationszeit sind verbesserte Kommunikationen. Und hierin haben die letzten fünfzig Jahre eine Revolution gebracht, die sich nur mit der industriellen Revolution der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts vergleichen läßt.“ (Marx, *Kapital Bd. 3, Kap. 4, S. 81*). Was Marx hier für das 19. Jahrhundert feststellt, läßt sich für die „elektronische Revolution“ der letzten rund 30 Jahre ebenso sagen. Die heutigen Kapitalmärkte wären ohne Datenübertragung in ihren verschiedensten Formen nicht denkbar. Die globale Arbeitsteilung wird auch durch Senkung der Transportkosten vorangetrieben. Beides verstärkt die Tendenz zur internationalen Arbeitsteilung und bewirkt Lohnsenkungen in zwar unterschiedlicher Höhe und Form, aber weltweit. Die Produktivitätserhöhung führt zu struktureller – also über konjunkturelle und saisonale Schwankungen hinausgehender

Vernichtung von Arbeitsplätzen – zunächst überwiegend in industrialisierten, tendenziell aber auch in Entwicklungsländern.

Ideologische Dominanz

Der Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ wurde von bürgerlichen Wirtschaftswissenschaften und Medien mit dem Beweis für die endgültige Überlegenheit des Kapitalismus gleichgesetzt. Dieser kampflose Zusammenbruch war und ist ein starkes Argument für die Dominanz des „Neoliberalismus“ als Ideologie, d.h. als von Realitäten unabhängigem Bewußtsein.

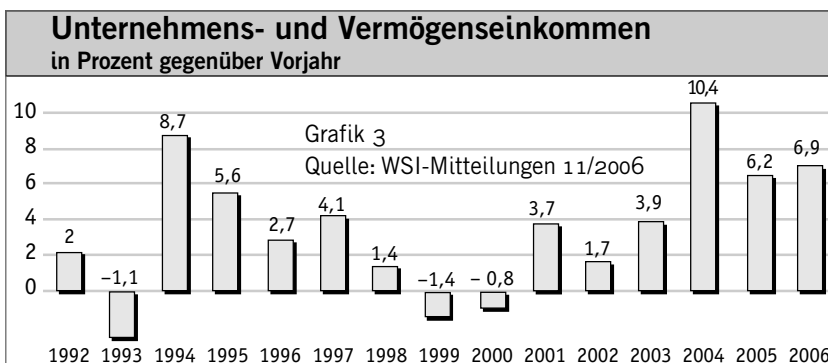
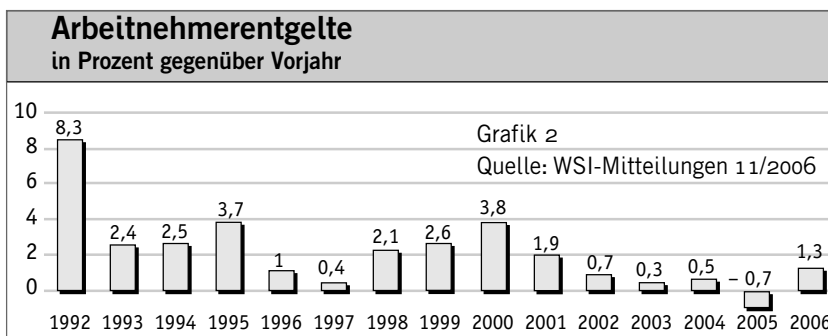
Nicht allein sozialistische Vorstellungen verfielen dem Bannfluch; auch sozialdemokratische bzw. keynesianische Politik galt als völlig überholt und für die Mehrheit der Medien als nicht mehr diskutabel.

Die Einbeziehung der Sowjetunion und der von ihr beherrschten Gebiete in den kapitalistischen Weltmarkt bot Gelegenheiten zur Ausweitung der Verwertungsgebiete. Hinzu kam die Transformation der VR China zu zumindest „gemischten“ Wirtschaftsformen und damit auch zu einer Einbeziehung (wenn auch unter etwas anderen Umständen) in die Globalisierung.

Umwandlung von bisher gesellschaftlichem Eigentum (man könnte auch Diebstahl sagen) sorgte für die Entstehung riesiger Vermögen

in den bisher sozialistischen Ländern. Auch für Teile der Bevölkerung dieser Länder fielen Brosamen vom Tisch des Kapitals. Bisher als Luxusgüter betrachtete Waren wurden verfügbar – wenn auch nur teilweise erschwinglich für die Massen. Reisen ohne Behinderung wurde möglich. Bürokratische Schikanen, Einschränkungen der Meinungsfreiheit, Korruption in den höheren Funktionärskreisen, umfassende Bespitzelung durch verselbständigte, parasitäre Geheimdienste, Borniertheit auf kulturellem oder dafür angesehenem Gebiet fielen weg. Der Einstieg in die Freiheiten des Kapitalismus war mit großen Hoffnungen und noch größeren Illusionen auch bei der Mehrheit der Bevölkerung verbunden. Vieles, was den „realen Sozialismus“ verhasst gemacht hatte, kam inzwischen wieder – in Deutschland z.B. die umfassende Überwachung und Bespitzelung.

Zwar halten nach Meinungsfragen große Teile der Bevölkerung den Sozialismus für eine „gute Idee“, deren Verwirklichung aber gescheitert sei. Zurück zum „realen Sozialismus“ wollen wenige. Dieses „Alltagsbewußtsein“ ist eine starke Unterstützung der neoliberalen Ideologie. Da der Sozialismus scheinbar keine Alternative ist, da der Reformismus (auch in seiner keynes'schen Variante) Arbeitslosigkeit und Sozialabbau nicht verhindern konnte oder wollte, bleibt nichts übrig als die





„freie Marktwirtschaft“. There is no alternative (tina), ist der gebräuchliche Slogan.

Auch die geringen Ansätze einer revolutionären Linken haben es bisher nicht geschafft (soweit sie es denn wollten), eine fundierte und überzeugende Analyse der Ursachen des kampflosen Zusammenbruchs der meisten sozialistischen Gesellschaften zu erarbeiten. Das wäre aber eine der Voraussetzungen für sozialistische Argumentation mit Aussicht auf Erfolg.

Die Kapitalmärkte reagierten mit gigantischen und in diesem Maße unrealistischen Kurssteigerungen. Die Möglichkeiten des unbeschränkten Weltmarkts und die elektronische Revolution in Form des „Neuen Marktes“ trieb auch Teile der Lohnabhängigen in den entwickelten Ländern an die Börsen (vor allem in den USA).

Welthandel sollte auch den Menschen in den armen Ländern Wohlstand bringen. Die WTO erzwang weitgehend die Aufhebung von Handels- und Produktionsregulierungen für Industriewaren mit dem Versprechen, dies würde auch die Lebensbedingungen der Bevölkerung dem Niveau der Industrieländer angleichen.

Die Landwirtschaft wurde durch Kredite zur Produktion von Weltmarktprodukten veranlaßt (Blumen aus Südamerika, Obst aus Südafrika, Kakao aus Westafrika, Kaffee aus Vietnam u.v.a.m.). Dies geriet in einigen Ländern zur Vernachlässigung der Produktion von Grundnahrungsmitteln. Die Produzenten gerieten in die Risiken der globalen Rohstoffbörsen mit ihren starken Schwankungen.

Doch dies wurde überdeckt durch Statistiken, die erhebliche Steigerungen der Bruttoinlandsprodukte der armen Staaten vorgaukelten. Daß in diesen Steigerungen auch Werte aus bisheriger Subsistenzwirtschaft einfließen, die nun in die Warenwirtschaft einbezogen wurden, blieb weitgehend unbeachtet.

Erst seit dem großen Börsencrash 2001 begannen Zweifel an dem angeblich unaufhaltsamen Aufstieg und den Segnungen der Globalisierung unter „neoliberalem“ Vorzeichen stärker zu werden. Die tatsächlichen Ergebnisse traten etwas mehr

in das öffentliche Interesse, auch wenn dies noch immer von der Ideologie der Liberalen überdeckt wird.

Ergebnisse des „Neoliberalismus“

Statt mehr Wohlstand und Sicherheit für die Lohnabhängigen, Befreiung von Hunger und Elend für die Völker der „Dritten Welt“ brachte der „Neoliberalismus“ das genaue Gegenteil:

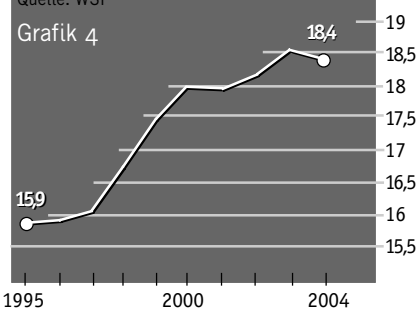
● In den industrialisierten Ländern brachte die Freiheit (für die Unternehmer) nicht mehr Wohlstand für die Lohnabhängigen, sondern eine gewaltige Umverteilung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts zu Gunsten des Kapitals (siehe Graphik 2 und 3). Die technische Revolution (siehe oben) verstärkte die strukturelle Arbeitslosigkeit. Zeitweise Zunahme der Beschäftigung in einigen Ländern (z. B. Großbritannien) während konjunktureller Aufschwungphasen konnte nicht verhindern, daß der nächste Konjunkturzyklus auf höherem Niveau der Arbeitslosigkeit wieder aufsetzte. Die „industrielle Reservearmee“ wuchs und wächst. Entsprechend sinken tendenziell die Reallöhne (vgl. Graphik 4), wird die Position der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften im Lohn- und Verteilungskampf schwächer.

Niedriglöhner

In Prozent aller Vollzeitbeschäftigten

Als Niedriglohn wird definiert, wer weniger als 2/3 des Durchschnittslohns bekommt.

Quelle: WSI



● Der Abstand zwischen industrialisierten und (weitgehend agrarischen) Ländern verringerte sich nicht, sondern wurde größer. Hilfslieferungen bei Hungersnöten aus humanitären Gründen (zuweilen sogar echten) verdrängten einheimische Produktion. Einheimische und ausländische „Eliten“ arbeiten einträchtig im Verteilen von Schmiergeldern zusam-

men. Siemens ist kein Einzelfall. Die Reste einer Subsistenzwirtschaft, wo sie noch bestand, werden vernichtet. Die Abhängigkeit von den reichen Ländern, vor allem von den USA, die in Weltbank und IWF über die meisten Stimmen verfügen, wächst. Freihandelszonen und -abkommen (z.B. Nafta) zeigen ihr wahres Gesicht. In Mexiko beispielsweise unterboten und ruinierten die US-amerikanischen Mais-Importeure die einheimischen Produzenten. Die jetzige starke Preiserhöhung für Mais wegen des sprunghaft steigenden Bedarfs für Öko-Diesel in den USA führt in Mexiko zu einer Teuerung des Grundnahrungsmittels Mais.

● Kursstürze an den Börsen vernichten fiktives Kapital. Das kann den Lohnarbeitern nicht egal sein, auch wenn sie gar kein fiktives Kapital besitzen. Wenn Betriebe im Gefolge der Börsenpleite in die Insolvenz gehen, werden auch Arbeitsplätze vernichtet wie nach der Geldkrise 2000/2001 in vielen Firmen des „Neuen Marktes“. Privatisierte Altersvorsorge in Pensionsfonds verliert die

Anzeige

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



Akt. Ausgabe (12/06) u.a.:

- ◆ Werner Sauerborn: »Perspektive politischer Streik«, Breitbandprotest zur Verhinderung der Rente mit 67
- ◆ Harald Rein: »Außer Spesen nichts gewesen?«, Versuch eines Resümees und den neuen »Frankfurter Appell«
- ◆ KH: »Company Rules: Companies Rule«, EU- und US-Wirtschaftslobby gegen Reform des chinesischen Arbeitsrechts
- ◆ Sarah Bormann: »Think Different – pressure Apple«, über den wenig belastbaren Apple-Verhaltenskodex

- Ich möchte 1 Probeexemplar
- Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 Euro (gg. Vkl.)

Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de



angesammelten und in Wertpapieren angelegten Vermögen ganz oder teilweise. Das m.W. größte, aber keineswegs einzige, Beispiel dafür ist der Enron-Konzern. Als die Betrügereien und Unterschlagungen vor allem durch den Börsencrash ans Licht kamen und zum Bankrott führten, verloren über 30.000 Beschäftigte ihre Pensionsansprüche. Wenn die Spitzenmanager tatsächlich in den Knast wandern sollten, ist das ein schwacher Trost.

● Nicht nur die Arbeitslosen müssen die krisenhaften Folgen des kapitalistischen Produktionsverhältnisses tragen. Auch die noch in Arbeit (zunehmend in Leiharbeit, vgl. Graphik 5) stehen, leben in ständiger Sorge um ihren Arbeitsplatz. Dies schwächt die Kampfkraft der Arbeiterklasse sowohl bei Lohnforderungen, als auch beim Kampf um Arbeitsplätze und bei der Verteidigung der sozialen Absicherung.

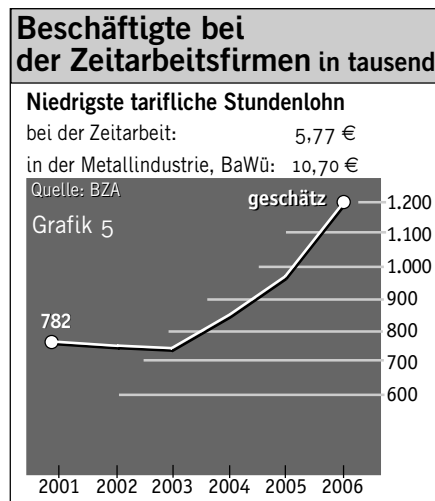
Widerstände

Trotz der weitgehend einheitlichen Verteidigung „neoliberaler“ Grundsätze und deren Umsetzung in allen Medien und der Verteufelung sozialistischer wie sozialdemokratischer Gegenvorstellungen (z.B. Memorandum-Gruppe) blieb die Resonanz in der Mehrheit der Bevölkerung wenig begeistert vom „neoliberalen“ Reformeifer. Besonders auffällig war dies, als Schröders Agenda 2010 als bedeutender „Reformschritt“ überall bejubelt wurde. Die SPD erlitt große Mitgliederverluste und mindestens ebenso bedeutende Verluste an Wählerstimmen. Die Wahlbeteiligung sank fast überall deutlich. Enttäuschte SPD-Anhänger trugen wesentlich zur Gründung der WASG und damit zu einer zahlenmäßig stärkeren reformistischen Linkspartei bei. Vor der Bundestagswahl 2005 priesen fast alle Medien das neoliberale Konzept der CDU/CSU. Ein Wahlsieg sollte herbeigejubelt werden. Das Ergebnis war enttäuschend für CDU/CSU und die neoliberalen Propheten. Die Grenzen der „neoliberalen“ Medienmacht wurden sichtbar.

Ähnliches spielte sich schon vorher bei den Volksabstimmungen über die EU-Verfassung in Frank-

reich und den Niederlanden ab. Sicher wurde nicht nur die liberale Grundausrichtung und die Verpflichtung zur Hochrüstung abgelehnt. Auch nationalistische Einstellungen unter den Wählern spielten eine Rolle. Doch diese allein hätten keine Mehrheit gegen diese Verfassung gefunden.

Allerdings werden auch die Grenzen einer Mißstimmung bei großen Teilen der Arbeiterklasse und der Bevölkerung sichtbar. Perspektiven zu einer Umwälzung des kapitalistischen Systems blieben minimal. Bei der Wahlbeteiligung revolutionärer Parteien wie MLPD oder BSA blieben diese immer weit unter 1 % der Stimmen.



Noch nicht einmal zu einer umfassenden Kritik an „neoliberalen“ Zielen und Grundsätzen auf reformistischer Ebene reichte es. Teilweise kommt der diffuse Ärger sogar faschistischen Gruppen zugute.

Die Anti-Globalisierungsgruppen, vor allem Attac, konnten von der immer deutlicher sichtbar werdenden Kluft zwischen den Versprechungen und den Ergebnissen der neoliberalen WTO-Politik nicht profitieren. Die Zahl der Aktiven bei Attac stagniert oder sinkt. Das kann zwar bei punktuell und oberflächlich argumentierenden Gruppen ohne umfassende radikale politische Zielsetzung kaum überraschen – doch eine Fortentwicklung ihrer Ansätze ist m.W. nicht zu erkennen.

Anders verhält es sich bei einem Teil der wenig („Schwellenländer“) oder unentwickelten Staaten. In Südamerika formiert sich Widerstand gegen die „neoliberale“ Politik von WTO, Weltbank, IWF und vor allem

gegen den US-Imperialismus. Wurde Hugo Chavez von den Medien der Industrieländer anfänglich noch als populistischer Wichtigtuer verlacht, so zeigt sich immer mehr, daß er große Teile der Bevölkerung für positive Reformprogramme und sogar linke, sozialistische (?) Ziele zu aktivieren versteht. Nicht mehr ein Caudillo mit scheinsozialistischen Phrasen wie früher Peron in Argentinien versucht, gegen die US-Hegemonie zu opponieren. Große, bisher überwiegend passive Teile der Bevölkerung und der Arbeiterklasse beteiligen sich am Aufbau einer neuen Gesellschaft, deren Konturen noch schwer zu definieren sein mögen, die aber doch sehr deutlich die Ablehnung der US-Herrschaft, des Neoliberalismus und der alten, korrupten Oligarchie einigt. Über Venezuela hinaus hat Chavez in Bolivien und Ecuador Unterstützung auch in grundsätzlichen Fragen gewonnen. Seine Regierung leistet der letzten, den Zielen nach sozialistischen, Gesellschaft, Kuba, wichtige Hilfe. In allen südamerikanischen Ländern (Ausnahme: Kolumbien und Paraguay) sind mittlerweile mehr oder weniger sozialdemokratische Regierungen an der Macht. US-Präsident Bush hatte zu Beginn seiner 1. Amtszeit noch die Errichtung einer Freihandelszone nach Art der Nafta von Alaska bis Feuerland propagiert, und seine Chancen galten in den Medien als ziemlich gut. Jetzt wird über diese Ausweitung des Einflusses der USA noch nicht einmal mehr geredet.

Auch innerhalb der WTO hat sich ein Block anti-neoliberaler Staaten herausgebildet, in dem südamerikanische Länder eine wichtige Rolle spielen. Zollfreiheit bei Industriewaren und Dienstleistungen ohne Vergünstigungen für die Agrarprodukte der „Dritten Welt“ sind nicht mehr zu haben. Da hilft alles Wehklagen der Propheten des „Neoliberalismus“ nichts.

All diese Rückschläge der früher als unfehlbar betrachteten „neoliberalen“ Politik haben auch die Dominanz dieser Ideologie in den Medien angeschlagen. Wenn selbst die erzliberale „Zeit“ zweifelt (siehe oben), wenn selbst der stramm marktradikale „Spiegel“ darauf hinweisen muß: „Und so driftet Deutschland 45 Jahre nach dem Bau der Mauer



erneut auseinander. Doch die Mauer verläuft diesmal nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen Teilhabenden und Abgehängten, ...“ (*Spiegel* 50/2006, S. 23), wenn die ebenfalls liberale Süddeutsche Zeitung Europa ein „ernsthafte Armutsproblem“ bescheinigt (*SZ* v. 27. 2. 07), und das sind keine Einzelfälle, dann scheint doch etwas in Bewegung geraten zu sein. Eine Perspektive für grundlegende gesellschaftliche oder wenigstens politische Änderungen haben die bürgerlichen Medien allerdings auch nicht anzubieten.

„Neoliberalismus“ und Gewerkschaften

Die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse in der Wiederaufbauphase nach dem II. Weltkrieg ließ linke oder gar marxistische Positionen in den Gewerkschaften zu einer Randerscheinung (bestenfalls) herabsinken. Die Arbeiterklasse erkämpfte sich damals gegen schwachen Widerstand des Kapitals (bei Arbeitskräftemangel und Systemkonkurrenz) einen bescheidenen Wohlstand, die Arbeitsplätze waren damals sicher, Reform hieß Verbesserung für die Lohnabhängigen und noch nicht Sozialabbau.

Die Lohnarbeiter deutscher Staatsbürgerschaft hatten einen bis dahin unbekannt hohen Lebensstandard zu verlieren; diejenigen anderer Staatsbürgerschaft hatten einen im Vergleich zu den Herkunftsländern weit besseren zu gewinnen.

Keine guten Voraussetzungen für harten Reformismus oder gar revolutionäres Bewußtsein.

Die Entwicklung der Gewerkschaftspolitik widerspiegelte diese vorherrschende Stimmung der Mitglieder. Daraus entwickel-

te sich Sozialpartnerschaft und Co-management. Reste an Klassenbewußtsein, wie sie etwa durch Willi Bleicher und Otto Brenner (IGM) repräsentiert wurden, gerieten in Vergessenheit. Politökonomische Methoden, wie sie etwa das WSI unter Viktor Agartz, wenn auch auf reformistischer Ebene, praktizierte, verschwanden mit dem Rausschmiß Agartz' durch die DGB-Führung.

Die „neoliberale“ Ideologie traf die Gewerkschaften politisch hilflos. Sie hatten ihr keine eigenständige, d.h. klassenbewußte, Argumentation (und sei es auf niedrigster Ebene) entgegenzusetzen.

Erst der fortgesetzte Sozialabbau schon der Kohl-Regierung, aber vor allem durch die Agenda 2010 der Sozialdemokratie zwangen die Gewerkschaften wenigstens zu Demonstrationen, wenn auch noch zu keiner ernsthaften Gegenwehr. Eine Entfremdung von der SPD ist zwar unübersehbar, doch eine eigene Perspektive haben auch die Gewerkschaften nicht entwickelt.

In jüngster Zeit versucht die IGM mit im Ansatz politischen

Streiks z.B. gegen die Renten, „reform“ vorzugehen. Man vermeidet zwar den Ausdruck und beruft sich auf die in der bayrischen Verfassung niedergeschriebene Meinungsfreiheit (*IG Metall-Info, Bez. Bayern, Januar 2007*). Diese bescheidenen Ansätze mit noch (?) geringer Resonanz gilt es weiter zu entwickeln, zu verbreitern und vor allem mit marxistischen oder wenigstens klassenbewußten Argumenten zu unterstützen.

Nicht tina – es gibt Alternativen

Revolutionäre Kräfte können m.E. auf absehbare Zeit keine aktive politische Rolle zur Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital spielen. Doch das heißt nicht Passivität.

So schwer es auch sein mag, so wenig marxistische Vorstellungen und Argumentationen auch in den verbliebenen linken Gruppen verbreitet sind: Es gibt keine andere Möglichkeit, aus dem Niedergang, der ständig größer werdenden Kluft zwischen Versprechungen und Ergebnissen des „Neoliberalismus“ politische Perspektiven zu entwickeln als marxistische Analysen und Argumente, als politökonomisches Wissen unter der Arbeiterklasse wieder zu verbreiten.

Natürlich muß das am jeweiligen Bewußtsein der Kolleginnen und Kollegen anknüpfen. Es ist kein Widerspruch, wenn dies in manchen Fällen gewerkschaftliche Agitation, in anderen Fällen weitergehende politische Propaganda ist. Beides ist schwer, das letztere kann sich im besten Fall aus dem ersteren ergeben. Wichtig ist, die politisch/argumentative Wehrlosigkeit der Arbeiterklasse zu überwinden.

9. 3. 2007



„Die Linke“ und die linke Einheit

In einer späteren „Parteiengeschichte der Bundesrepublik“ wird das neue Jahr als Jahr der Konstituierung einer vereinigten Linkspartei sicherlich Erwähnung finden. Die Grunddaten kann man schon heute benennen. Gründungsdokumente für „Die Linke“ als Zusammenschluss von L.PDS und WASG liegen allesamt „beschlussreif“ vor. Der Vereinigungstermin am 15./16. Juni ist bekannt. An dem Namen des designierten Parteivorsitzenden wird sich kaum noch etwas ändern. Das Parteiensystem der Bundesrepublik vollendet mit der sich vereinigenden Linkspartei augenscheinlich eine Transformation hin zu einer anderen Form und Gangart. An die Stelle des nach 1961 über 20 Jahre hinweg erfolgreiche „Zweieinhalbparteiensystem“ ist ein Fünfparteiensystem getreten, mit viel Unzufriedenheit in der Bevölkerung gegenüber allen Parteien. Meinungsumfragen und Wahlergebnisse haben die Öffentlichkeit, auch die Führungen der anderen Parteien, darauf vorbereitet, dass es zukünftig eine linke parlamentarische wirksame Partei geben wird, die mit einem Stimmenanteil von etwa 10 Prozent Rahmen dieses Parteiensystems rechnen kann.

Unklar ist, wie sich diese Partei politisch orientieren wird, ob mit der neuen linken Partei wirklich die linke Einheit hergestellt werden kann, tatsächlich der Klasseninteressengegensatz in der Bevölkerung auch im Parteiensystem, außerparlamentarisch und parlamentarisch zugleich, wirksam in Erscheinung treten wird. Erwartungen sind groß, dass „Die Linke“ zum Sprecher der gesellschaftlichen Opposition gegen den Neoliberalismus wird, zu einer parteipolitisch und zugleich gesellschaftspolitisch ernsthaften vereinten Kraft gegen das Einreißen des sozialstaatlichen Gebäudes, gegen Demokratiezerfall und Kriegsführungspolitik. Demgegenüber steht die durch nicht wenige politische Vorgänge in dieser Partei begründete Sorge, sie könne doch nur wieder ein weiterer



politischer Leichnam werden: Auf dem Wege zu einer den heutigen und zukünftigen Anforderungen tatsächlich gerecht werdenden linken Partei.

Vor allem in der Basis der L.PDS gibt es eine verbreitete Einheitseuphorie, ein politisches Wohlbefinden trotz erkennbar ernster politischer Krankheitssymptome. Gerade mit der Beschwörung der Einheit der Linken werden diese Krankheitssymptome häufig verdeckt oder gar als Ausdruck einer zeitgemäßen politischer Beweglichkeit gerechtfertigt. Im Namen der Einheit ist die Parteibasis offenbar bereit, programmatische und statutarische Kröten (z. B. den Verzicht auf das Sozialismusziel als alternative Gesellschaftsordnung und die faktische Entsorgung kritischer Arbeitsgemeinschaften zumindest auf Parteitagen) zu schlucken. Die „Einheit der Linken“ in der neuen Linkspartei droht zu einer geschlossenen Veranstaltung zu werden, bei der Neoliberale mitmachen dürfen, Marxisten aber allenfalls geduldet sind. Grundsätze dieser Einheit werden ständig in Frage gestellt. Es erscheint bereits als ein Sieg, wenn „demokratischer Sozialismus“ neuerdings in den programmatischen Eckpunkten als Kommunikationsformel

wieder voll akzeptiert wird. Zwischen den Prinzipien einer zeitgemäßen linken Partei und dem praktisch-politischen Verhalten der L.PDS als Regierungspartei in Berlin liegen Welten. Während in den Eckpunkten verlangt wird, „Barrikaden gegen die neoliberale Offensive“ zu errichten, ist man in Berlin bereit, eben diese neoliberale Politik weiterhin zu exekutieren.

Erfordernisse linker Politik heute

Der von Antonio Gramsci geforderte Stellungskrieg zwischen Kapital und Arbeit findet unter Bedingungen einer stabilen hegemonialen Herrschaftskonstellation zu Gunsten des Kapitals im Innern wie international statt. Die herrschende Klasse verändert mit der Politik des Neoliberalismus die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse entsprechend ihren Profitinteressen. Sie kann dies, weil eine kraftvolle und einheitliche Gegenwehr der abhängig arbeitenden Klasse nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz ausbleibt. Widerstandsaktionen werden von einigen Hunderdtausend unterstützt, nicht von Millionen. Die Statistik besagt, dass auch unter den Bedingungen sinkender Reallöhne, die Streikaktivitäten stagnieren. Der Medien Einfluss der Linken misst sich prozentual irgendwo nach einer Null hinter dem Komma. Die Gewerkschaften als Klassenorganisation der abhängig Arbeitenden sind schwach bzw. kompromissbereit. Angesichts dieser Situation liegt die Aufgabe einer Linkspartei auf der Hand: Sie muss in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen mit viel Kleinarbeit diese Entwicklung umzukehren suchen. Sie muss sich als Teil, möglichst auch als Zentrum von Gegenwehr verstehen bzw. entwickeln.

„Linke Einheit“ muss identisch sein mit wirklicher linker Politik gegen die Kapitalinteressen, gegen den Neoliberalismus. Dies bedeutet sich ohne Wenn und Aber auf die Seite der abhängig Arbeitenden und der sozial

Ausgegrenzten, der bloßen Eigentümer von Arbeitskraft zu stellen, deren soziale und politische Rechte im zunehmend entfesselten Kapitalismus weggeräumt werden. Ein solches Verständnis von Interessenvertretung wäre zugleich ein tragfähiges machtpolitisches Konzept. Im dem Maße, wie die neue Linkspartei diese Interessen konsequent vertritt und dabei auch die Betroffenen mobilisiert, selbst für ihre Interessen zu kämpfen, wird ihr politischer Einfluss wachsen, sicherlich auch als Parlamentspartei, aber vor allem auch als politische Kraft in der Gesellschaft.

Ein Grundfehler vieler Politiker der sich formierenden Linkspartei ist ein verkürztes Politikverständnis. Nicht primär die Politik bestimmt die Grundlinien der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Wirtschaft, vor allem der Modus der Kapitalakkumulation. Regierungs- oder Staatspolitik ist im übrigen weder eine autonome Sphäre noch eine Willensfrage. Parteien beeinflussen Politik; sie machen sie nicht. Und zwar nicht nur, weil Staatspolitik auch Kompromissfindung der Parteien mit Verbänden, Lobbyisten, Medienmächtigen und Machtzirkeln ist. Staatspolitik, die „politische wie die bürgerliche Gesetzgebung“ proklamiert und protokolliert „nur das Wollen der ökonomischen Verhältnisse“, schrieb Karl Marx in seiner Schrift „Das Elend der Philosophie“. Gerade heute beinhaltet Staatspolitik in besonders krasser Weise eine Verbesserung der Verwertungsbedingungen für das Kapital. Wer entgegen diesem „Wollen“ als Regierungspolitiker Politik gegen das Kapital macht, dem wird, falls er nicht einlenkt, alsbald das Ende der Fahnenstange gezeigt, mittels Interventionen der Unternehmerverbände und Konzernmanager, über Medienkampagnen und gegebenenfalls auch mittels Kapitalflucht.

Antineoliberalismus als Maßstab linker Einheit

„Strategisches Ziel“, so heißt es in den „Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland“, sei ein „politischen Richtungswechsel“ für eine sozial gerechte Gesellschaft gegen den vollzogenen Übergang „zu

einer marktradikalen, neoliberalen Politik“. Das klingt sehr konsequent, schwebt aber politisch in der Luft, weil unklar bleibt, wie dieser „zweite Schritt“ gemacht werden kann, ohne zuvor den „ersten Schritt“ erfolgreich getan zu haben, nämlich im Abwehrkampf dafür die politischen Voraussetzungen zu schaffen. Ein politischer Richtungswechsel wird nicht zu haben sein, ohne einen konsequent geführten, höchstwahrscheinlich langandauernden Abwehrkampf gegen die neoliberale Politik, ohne eine im Verlaufe dieses Kampfes sich formierende gesellschaftliche und politische Kraft, die stark genug wird, um die neoliberale Kapitaloffensive zu stoppen. Davon ist in den Eckpunkten kaum die Rede. Wie aber soll eine strategische Wende, ein grundlegender Politikwechsel erreicht werden, ohne erst einmal die politischen Hausaufgaben im Kampf gegen Privatisierung, gegen Sozialabbau und Massenentlassungen machen? Wer den Abwehrkampf nicht oder unzureichend führt, oder gar durch Kumpanei mit den Neoliberalen konterkariert, der wird auch keine strategische Wende herbeiführen.

Neoliberale Politik ist eben nicht, wie in den Eckpunkten und von Politikern der Linkspartei immer wieder unterstellt, „neoliberaler Zeitgeist“. Sie ist Konsequenz der mit mikroelektronischen Produktivkraftrevolution einhergehenden Verwertungskrise des Kapitals und der vor gut eineinhalb Jahrzehnten entstandenen Herrschaftskonstellation zu Gunsten des Kapitals. Insofern ist sie auch keine Politikform unter anderen, neben einer auch möglichen Neuauflage sozialreformistischer Politik (was Abstufungen neoliberaler Politik nicht ausschließt). Natürlich müssen die Linkskräfte sich in ihrem sozialpolitischen Verteidigungskampf auch auf ein Programm für die Zeit „nach einer politischen Wende“, d.h. auf ein Programm sozialer und politischer Verbesserungen (und möglichst auch auf Grundsätze eines „neuen Sozialismus“) verständigen. Ohne eine solche Verständigung, wird eine ernsthafte politische Bewegung gegen den Neoliberalismus nicht zu Stande kommen. Ein derartiges „Kampfprogramm“ aber verfehlt seinen Sinn, wenn es sich als eine

Art Regierungsprogramm versteht und suggeriert, eine neue Ära sozialpolitischer und demokratischer Verbesserungen nach den nächsten oder übernächsten Bundestagswahlen sei eine reale Möglichkeit.

Derartige Illusionen versperren den Blick auf die eigentlichen Aufgaben einer vereinigten Linken, die diesen Namen tatsächlich verdient. Deren identitätsstiftendes Markenzeichen kann nur der „antineoliberale Grundkonsens“ sein. Dabei darf dieses Markenzeichen keineswegs als Synonym für bloße Negation und fehlendes Profil missverstanden werden. Eine solche Einheit wird nur Erfolg haben, wenn sie einhergeht mit einer radikalen Kritik der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, mit der Revitalisierung von Klassenbewusstsein und Klassenhandeln der abhängig Arbeitenden und sozial Ausgegrenzten und, keineswegs zuletzt, mit einer Europäisierung und Internationalisierung des Widerstandes von unten.

Integrationskraft des parlamentarischen Systems als Hindernis

Eine geschichtliche Erfahrung besagt, dass Hoffnungen auf eine konsequent gegen das Kapital handelnde Linkspartei infolge der Wirkungsmechanismen des parlamentarischen Systems über kurz oder lang immer wieder zunichte gemacht wurden. Die Geschichte der SPD, aber auch die der PDS machen deutlich, dass hier eine nicht zu übersehende Tendenz wirkt, die aber bei Debatten über Basisdemokratie oder demokratische Kontrollen fast immer „übersehen“ wird.

Jede linke erfolgreiche Partei trifft auf ein parlamentarisches System mit einer enormen Integrationskraft. Als Institution der Vertreterdemokratie hat eine erfolgreiche Partei gut bezahlte Mandate in Bund und Ländern, kann eine Vielzahl von Stellen als Parlamentsmitarbeiter und Parteiangestellte vergeben. Ihre Abgeordneten agieren politisch in einem Umfeld, das, wie schon Karl Marx, Friedrich Engels und Rosa Luxemburg anmerkten, politische Anpassung und parlamentarischen Kretinismus außerordentlich begünstigt.

Ihr werden überdies die Wahlkampf-kosten erstattet. Und die der Partei nahestehende Stiftung bekommt aus der Staatskasse viele Millionen Euro. Je größer ihre wahlpolitischen Erfolge sind, desto größer wird die Sozialschicht, die von der Partei lebt und dabei eigene Interessen entwickelt, die sich von denen ihrer Wählerbasis unterscheiden (womit konsequent linkes Handeln einzelner Politikerinnen und Politiker überhaupt nicht ausgeschlossen ist). Je mehr sich diese Interessen verfestigen, desto schwächer wird der Einfluss der Basis. Die Partei funktioniert in den Wahlkämpfen mehr und mehr nach den Gesetzen des politischen Marktes. Um den Anteil am „Wählermarkt“ zu erhöhen, tritt die Aufklärung über die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse gegenüber der politische Reklame und der Selbstdarstellung als „politische Gestaltungskraft“ in den Hintergrund. Politische und soziale Forderungen haben dabei durchaus einen Platz, aber weniger als Plattform für den gemeinsamen politischen Kampf und mehr als Methode im Kampf um die Wählerstimmen der „Unterprivilegierten“. Je mehr sich die Interessen der Führungsschicht mit der Eroberung von Positionen im parlamentarischen System, im Regierungssystem und im „Parteienstaat“ verfestigen, um so stärker koppeln sich diese Interessen mit denen der ökonomisch Herrschenden.

Der bevorstehende Vereinigungsparteitag ist nicht die Stunde Null der „neuen“ Partei. „Die Linke“ konstituiert sich zu einem Zeitpunkt, da vor allem in den ostdeutschen Ländern ihr Hauptteil, die L.PDS, bereits ein erhebliches Stück dieses Weges der Anpassung zurückgelegt hat. Ihre Parteitage werden von den politischen Funktionsträgern und deren Mitarbeitern beherrscht. Ihre Programmatik ist bereits vor mehr als zehn Jahren von der richtigen (weil alle Gegner des Neoliberalismus einigenden) Losung „*Veränderung beginnt mit Opposition*“ bewusst abgerückt. Im Jahre 2002 wurde sie Regierungspartei in Berlin, unterschrieb einen Koalitionsvertrag mit einem Bekenntnis, den Anforderungen der „*westlichen Wertegemeinschaft*“ und der NATO nachzukommen. Als Regierungspartei in Berlin machte sie

bei den Sozialkürzungen, Massenentlassungen und der Privatisierung allein von 127.000 Wohnungen mit. Bereits im Wahlkampf 2002 bot sie sich als Unterstützer einer von Gerhard Schröder geführten Bundesregierung an. Das Wort ihrer ehemaligen Parteivorsitzenden Gabriele Zimmer auf dem Geraer Parteitag Ende 2002, der Eindruck sei entstanden, man könne mit der PDS alles machen, außer Kriege zu führen, ist nach den Berliner Erfahrungen mindestens genau so zeitnah wie vor vier Jahren.

Nicht zu übersehen ist, daß es in den letzten Jahren, besonders deutlich im Jahre 2004 unter dem Eindruck der massiven Angriffe mit Hartz IV auf die Lebensinteressen der abhängig arbeitenden Klasse ein merkliches Streben in dieser Klasse nach politischer Eigenständigkeit gegenüber dem Kapital und deren Parteien gibt. Seinen Ausdruck fand das auch in der Hinwendung von Sozialdemokraten, aktiven Gewerkschaftern und Parteilosen zur Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit und dann auch von etwa 3 Millionen Arbeitern, Angestellten und Arbeitslosen bei den Bundestagen 2005 zur Linkspartei. Dieses immer noch bescheidene und z.T. auch vage Streben eines merklichen Teils der arbeitenden Klasse trifft auf eine sich vereinigende linke Partei mit einem unverkennbar zwiespältigen Charakter. Mit dieser Partei ist zum einen die Chance verbunden, dieses Streben zu stärken und in den politischen Auseinandersetzungen (bis hin zur Beeinflussung der Staatspolitik) zur Geltung zu bringen. Zum anderen hat die L.PDS zweifelsohne bereits einen bestimmten politischen Gebrauchswert für das Kapital. Die antikapitalistischen Kräfte in und außerhalb der sich formierenden Partei kommen nicht umhin, diesen Widerspruch deutlich zu machen. Auftretende Konflikte, wie in Berlin, können sie im Interesse der Zukunft der Bewegung, eines einheitlichen Kampfes aller Linkskräfte gegen den Neoliberalismus nicht unter den Teppich kehren. Sie müssen entsprechende Konflikte auskämpfen. Sie müssen die nach wie vor bestehende Möglichkeit nutzen, die sich neu formierende Linkspartei zumindest als Operationsbasis für eine konsequente linke Politik gegen Neoliberalismus,

Kriegsführungspolitik und Kapitaloffensive zu nutzen und zu stärken.

Strategische Differenzen trotz begrifflicher Ähnlichkeit

In den Auseinandersetzungen um die gesellschaftspolitische Strategie der neuen Partei stehen sich zwei Konzepte gegenüber, die seit mehr als zehn Jahren die Auseinandersetzungen in der PDS bestimmen: das Konzept konsequenter gesellschaftspolitischer Opposition und das des sogenannten strategischen Dreiecks. Beide Konzepte arbeiten mit ähnlichen Begriffen und vermitteln dennoch eine letztlich konträre politische Handlungsorientierung. Beide betonen die Frontstellung gegen den Neoliberalismus und die Verteidigung sozialstaatlicher Errungenschaften. Sie bekennen sich zur Bedeutung des außerparlamentarischen Kampfes. Sie bezeichnen die grundlegende Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses als entscheidende Voraussetzung einer „*politischen Wende*“. Nicht nur die Verfechter des „*strategischen Dreiecks*“, sondern auch zum Teil Vertreter der Oppositions- bzw. Gegenmachtkonzeption verwenden den Begriff der Transformationsstrategie. All das täuscht über die tiefen Differenzen beider Politikkonzepte hinweg.

Das Gegenmachtkonzept geht davon aus, daß die Möglichkeiten der Einflussnahme der Linkskräfte auf die Staatspolitik sich objektiv außerordentlich verengt habe und es darauf ankomme, im Abwehrkampf eine eigenständige politisch-organisatorische und geistig-kulturelle Gegenmacht der abhängig Arbeitenden gegen die neoliberalen Kapitalherrschaft zu schaffen. Das „*strategische Dreieck*“, nunmehr in den Eckpunkten auch für die neue Partei für verbindlich erklärt, plädiert ebenfalls für die Abwehr der neoliberalen Konterreformen und die Änderung des politischen Kräfteverhältnisses, bejaht aber die Möglichkeit „*politischer Gestaltung*“ und einer sukzessiven „*Beendigung der Vorherrschaft der Kapitalverwertung*“ jetzt und heute. Es setzt auf eine angebliche Einheit von außerparlamentarischen und gewerkschaftlichen Widerstand, auf über den Kapitalismus hinausweisende

Reformalternativen, die Zug um Zug realisiert werden sollen, und eben auf Regierungsbeteiligung. Erklärermaßen soll dies geschehen: durch die politische Gestaltungskraft der neuen Linkspartei bei „*Einleitung eines Politikwechsels*“ in Landesregierungen und in einer Bundesregierung.

Es fällt schwer nach den Berliner Erfahrungen hier noch von bloßen Illusionen zu sprechen. Diese Erfahrungen besagen, daß eine solche Strategie zwar auf dem Papier womöglich nicht Wenigen verständ-

lich erscheint, aber in der politischen Praxis hinten und vorne nicht stimmt. Sobald der „Ernstfall“ der Regierungsbeteiligung eintritt, versagt das „*strategische Dreieck*“, wird es auf den Punkt der Regierungstätigkeit reduziert, auf deren Einbindung in die neoliberale Gesetzesmaschinerie, ist von Widerstand und Reformalternativen nicht oder kaum noch die Rede. Die Entwicklung einer gesellschaftlichen Opposition wird enorm geschwächt. An die Stelle der linken Einheit im außerparlamentarischen und

parlamentarischen Kampf tritt der Brückenschlag zu den Neoliberalen und dann unvermeidlich eine wachsende Krise des Vertrauens seitens der abhängig arbeitenden Klasse, eine Stärkung der sowieso in der Bevölkerung verbreiteten Meinung, man könne keiner Partei trauen. Das Schicksal der neuen Linkspartei als politische Chance für diese Klasse und für eine einheitlich handelnde Linke wird davon abhängen, ob eine Entwicklung in diese Richtung verhindert werden kann.

Ekkehard Lieberam

„...das rettende Ufer zu erreichen...“

Zur Lage in den Betrieben in Ostdeutschland und der gewerkschaftlichen und ökonomischen Perspektiven



Spätestens der Metallstreik im Jahre 2003 und die Streiks bei ver.di im vergangenen Jahr haben die Schwäche der Gewerkschaften in Ostdeutschland sichtbar gemacht. Die Ursache dieser Schwäche liegt nicht nur an der, nach wie vor, abnehmenden gewerkschaftlichen Bindung der Beschäftigten in den Betrieben, sondern auch an der Struktur der Betriebe, der Struktur der Beschäftigten und der gewerkschaftlichen, betriebspolitischen Aufstellung in den Betrieben. Dabei bedingen die letztgenannten Problempunkte die ersteren und umgekehrt. Die vorhandene gewerkschaftliche Schwäche ist daher der

vorläufige Endpunkt einer Entwicklung, die mit der Übernahme der DDR durch die BRD begonnen hat.

Von den Gewerkschaften, aber auch anderen politischen Akteuren, wurde Anfang der 1990er Jahre nicht erkannt, dass für die Kapitalisten die Transformation der DDR-Wirtschaft in eine kapitalistische Marktwirtschaft der Hebel war, die Verhältnisse in der ganzen BRD, in ihrem Interesse zurecht zu rücken. Spätestens die vertragswidrige Kündigung der Tarifverträge in der Metallindustrie durch den *Verband der sächsischen Metall- und Elektroindustrie (VSME)* war der Auftakt des sozialen „Rollback“, das heute der feste Bestandteil neoliberaler

Politik ist. Im Jahre 1993 konnte durch einen zweiwöchigen Streik zwar der Tarifvertrag zur Angleichung der Entgelte an die Westtarife wieder hergestellt werden, doch zeigten sich in der Folge zunehmend Erosionserscheinungen an den Flächentarifverträgen der ostdeutschen Tarifgebiete. Mit Ausnahme der Tarifverträge im Öffentlichen Dienst, gilt das für alle Branchen und für die dafür zuständigen Gewerkschaften gleichermaßen.

Die stattgefundenen Entwicklung war durch die Wirtschaftsverbände des Kapitals und seiner Hilfstuppen in den Medien und Parteien sehr konkret geplant und eingeleitet. Und man kann nicht umhin zu konstatieren, daß die Umsetzung der geplanten Maßnahmen sehr professionell und erfolgreich war. Die Gewerkschaften hätten spätestens aufwachen müssen, als Hans Olaf Henkel, der damalige Präsident des BDI, Mitte der 90er Jahre die betriebspolitischen Zustände in ostdeutschen Betrieben als vorbildlich für die Westindustrie darstellte und die Auffassung vertrat, dass Tarifverträge heutzutage „*überflüssig*“ wären und „*eigentlich verbrannt werden müssten*“. Aufgrund der sozialpartnerschaftlichen Tradition und Ausrichtung aber, waren die Gewerkschaften nicht in der Lage, die sich aufbauen-

de Gefahr zu erkennen und entsprechende Abwehrstrategien zu entwickeln. So befinden sich heute die Gewerkschaften in einem Zangengriff. Auf der einen Seite werden sie mit der Forderung der Kapitalisten nach weniger Lohn, längeren Arbeitszeiten, weniger Urlaub und schlechteren Arbeitsbedingungen attackiert, auf der anderen Seite folgt eine Sozialabbauwelle auf die andere. Die Gewerkschaften stehen vor dem Problem, daß die Mitgliedschaft immer seltener an gewerkschaftlichen Erfolgen teilnimmt und gleichzeitig von Arbeitsplatzverlust und Lohn- und Sozialabbau bedroht ist. Verbal wird vom DGB zwar Widerstand gegen den Sozialabbau angekündigt, in der Realität folgt darauf allerdings sehr wenig. Die Folge dieser Politik ist, daß die Gewerkschaften bei den Werktätigen an Glaubwürdigkeit verlieren und massive Mitgliederverluste hinnehmen müssen.

Besonders gravierend wirkt sich diese Politik in Ostdeutschland aus. Die Ausgangslage hier ist durch die zurückliegenden 15 Jahre geprägt; durch Deindustrialisierung, Massenarbeitslosigkeit und Sozialdumping. Das hat tiefe Spuren im Denken und Verhalten der Arbeiterklasse hinterlassen. Die Stimmung in den Betrieben ist schlecht, die Arbeitsmotivation minimal, die Bereitschaft zum Widerstand nur selten vorhanden. Das ist (noch) eine ostdeutsche Besonderheit, die einer genaueren Betrachtung bedarf.

Härtefallregelungen ohne ökonomischen Hintergrund

Aus der Aufbruchstimmung nach der Übernahme der DDR, hat sich eine besondere ostdeutsche Arbeitskultur entwickelt. Der oftmals, objektiv vorhandenen Schwäche der Konkurrenzfähigkeit und Unternehmenszukunft, setzte man einen betrieblichen Pakt zum Überleben des Unternehmens entgegen. Der Pakt beinhaltete den engen Schulterschluss von Belegschaft, Geschäftsführung und oft auch der zuständigen Gewerkschaft. Gerichtet war er gegen die Treuhandanstalt, in deren Hände man die Zukunft des Betriebes und der Arbeitsplätze liegen sah und deren Politik man nicht traute. Sehr viel Vertrauensvorsprung hatte man dagegen

zu jedem dahergelaufenen privaten Investor. Diesen, oft windigen Figuren, wurde fast alles geglaubt. Selbst das unseriöseste Fortführungskonzept des Betriebes wurde anstandslos akzeptiert. Der Pakt wurde deshalb fast immer, auch nach der Privatisierung durch die Treuhandanstalt, sofern der neue Kapital-Eigner das so wollte, fortgesetzt. Das geschah sehr zum Verdruß der Gewerkschaften, denn das Fortbestehen bedeutete konkret das Unterlaufen der bestehenden Tarifverträge. Niedrige Löhne, lange Arbeitszeiten, harte Arbeitsbedingungen waren die von der Belegschaft akzeptierten Bedingungen zur Sicherung der Arbeitsplätze. Die Einhaltung von Tarifverträgen hatte nur eine untergeordnete Priorität. Aus dem Grunde häuften sich ab dem Zeitpunkt der Privatisierung in den Betrieben die Konflikte zwischen Geschäftsführungen und Gewerkschaften. Gleichzeitig fanden kapitalseitig auch die ersten Absetzbewegungen aus der Tarifbindung statt. Das geschah fast immer mit Billigung der Betriebsratsmehrheit und der Mehrheit der Werktätigen, gegen den Widerstand der örtlichen Gewerkschaftsverantwortlichen. Widerstand aus den Belegschaften gegen die Tariffucht des Unternehmers gab es nicht. Um aber den gewerkschaftlichen Einfluss in dem betroffenen Betrieb nicht völlig zu verlieren, war die örtliche Gewerkschaftsführung in vielen Fällen gezwungen, die geschaffenen Fakten zähneknirschend abzusegen. Viele der so genannten Härtefallregelungen hatten deshalb auch keinen ökonomischen Hintergrund. Es gab in den meisten Betrieben keine kritische Finanzlage. Für das Kapital ging es allein darum aus den Belegschaften Extraprofite herauszuschlagen. Das war möglich, weil die politischen Kräfteverhältnisse in den Betrieben das zuließen.

Die Anfangsmotivation der frühen 1990er Jahre – Verzicht gegen Arbeitsplatzsicherung – wurde von der Zeit aufgezehrt. Inzwischen hat man festgestellt, dass *ein Kapitalist auch nur mit Wasser kocht*. Man hat festgestellt, dass Effektivitätsverluste durch die Aufbau- und Ablauforganisation des Betriebes keine Besonderheiten eines VEB sind. Man fühlt sich belogen und betrogen: Durch den Unternehmer, durch die Politiker, aber auch die Gewerkschaften.

Letztere macht man in der eigenen Ohnmacht für die vielen Misereen im eigenen Umfeld verantwortlich. Widerstand erfolgt nicht, oder nur selten.

Der Soziologe Dr. Michael Behr von der Chemnitzer TU stellt in einer Untersuchung, die sich auch mit den Erfahrungen ostdeutscher Gewerkschafter deckt, bzw. manche ihrer Probleme erklärt, fest, daß die *„Arbeits- und Kooperationsbeziehungen in den Unternehmen durch autokratisch-paternalistische Züge geprägt sind“*. Darin unterscheiden sie sich mit Sicherheit von westdeutschen Industriestrukturen. In Ostdeutschland gibt es fast keine großen Industriebetriebe mehr. Die Industriestruktur ist geprägt von kleinen und mittleren Betrieben. Ein Betrieb mit 300 Beschäftigten wird im Osten bereits als „groß“ betrachtet. Die Betriebsgröße ist deshalb ein Faktor, der den Herrschaftstypus *„autokratisch-paternalistisch“* fördert. Aber es ist nicht der bestimmende Faktor. Behr hat in seiner Untersuchung, die sich auf eine breite Befragung von Beschäftigten und Unternehmern stützt, eine *„ausgeprägte Machtasymmetrie zugunsten der Arbeitgeberseite“* festgestellt und analysiert, unter welchen Bedingungen sich diese etablieren konnte:

- Ein Grund liegt in dem über einen langen Zeitraum bestehenden hohen Überangebot auch an qualifizierten Arbeitskräften auf den Arbeitsmärkten.
- Ein prinzipiell hohes Identifikationsbedürfnis der Beschäftigten mit dem Unternehmen, ein Interesse berufliche und kollegiale Zusammenhänge aufrecht zu erhalten.
- Eine schwache Repräsentanz von Gewerkschaften in den Betrieben und hohe Anteile auch größerer Unternehmen ohne Betriebsrat.
- Der Tatsache, daß die zur Wendezeit mittelalten Beschäftigten mit der Dauer des Verbleibs an Beschäftigungsalternativen einbüßen.
- Der Herausbildung eines Sozialcharakters der Arbeit, der Bescheidenheitsethos, Robustheit in der Erledigung der Arbeit bei gleichzeitig hoher fachlicher Kompetenz, mit einem zunächst geringen Interesse an Partizipation verband – diesen Typus nennen wir *„ostdeutschen Arbeitsspartaner“*.
- Angesichts des Primats der Beschäftigten *„dabeibleiben ist alles“* und einer Konzentration der Unternehmen

auf Erfordernisse des Marktes entwickeln sich die betrieblichen Sozialbeziehungen nicht weiter.

- Während Teile der ostdeutschen Beschäftigten für sich die normativen Voraussetzungen des Nachwendepakts längst aufgekündigt haben, glauben die Geschäftsführer noch daran, durch Beschäftigungssicherheit noch ausreichend motivieren zu können.
- Trotz hoher Unzufriedenheit ostdeutscher Arbeitnehmer über Entlohnungsniveau, Anerkennungspolitik, Informations- und Partizipationskulturen, sowie Defiziten im Bereich der Führungsqualitäten von Vorgesetzten, ist eine Politisierung in der großen Zahl der kleinen und mittleren Unternehmen kaum zu erkennen.
- Ein großer Teil der wachsenden Gruppe der über 45jährigen Beschäftigten hat sich mit den Verhältnissen arrangiert und ist weder an berufsbiographischen Herausforderungen interessiert noch bereit beschäftigungspolitische Risiken einzugehen.
- Die junge Generation sieht sich in Teilen des Beschäftigungssystems mehr und mehr kulturell „jugendentwöhnten“ – im verarbeitenden Gewerbe auch „mütter- und frauenentwöhnten“- Betrieben gegenüber, die ihnen wenig attraktive Arbeits- und Karrierebedingungen versprechen.

Die Verhältnisse in den Betrieben erklären, warum im Osten so wenig Widerstand gegen die Politik des Kapitals erfolgt. Behr sieht in Ostdeutschland eine Überlebensgesellschaft mit eingeschränkter Zukunftsfähigkeit. Überalterte Belegschaften, mit demotivierten und desillusionierten Werkträgern haben nur ein Ziel: das rettende Ufer zu erreichen. Dabei hilft niemand. Man ist alleine auf sich selbst gestellt. Jeder ist sich selbst der Nächste.

Die Folge ist, dass die Gewerkschaften in Ostdeutschland im Grunde genommen handlungsunfähig sind. Ausnahmen gibt es. Es sind die Großbetriebe der Stahl- und Automobilindustrie. In den Stahlbetrieben in Sachsen und Brandenburg, bei VW und BMW hat die IG Metall noch die Kraft zu mobilisieren und zu handeln. Diese Betriebe sind aber in jeder Beziehung atypisch gegenüber dem großen Rest. Das gilt sowohl für die Altersstruktur, als auch für die Betriebsgröße. Da die Automobilbetriebe Neuanstellungen sind, haben sie

vorwiegend junge Leute eingestellt. Hier gibt es die oben dargestellten Bedingungen für eine autokratisch-paternalistische Kapitalherrschaft nur in geringerem Maße. Dasselbe gilt für die montanmitbestimmte Stahlindustrie. Auch sie weicht in der Unternehmenskultur deutlich von der Mehrzahl der Betriebe ab.

In allen anderen Betrieben aber sind die Gewerkschaften mit der geschilderten, katastrophalen Situation konfrontiert. Wie soll man bei dieser Ausgangslage, bei einer solchen Bewusstseinslage und Einstellung der



Metallerstreik in Ostdeutschland 2003

abhängig Beschäftigten eine gewerkschaftliche Gegenmacht in den Betrieben entwickeln? Eine Antwort auf die Frage gibt es zurzeit nicht. Zwar bemühen sich die Gewerkschaften intensiv in den Betrieben Vertrauensleutestrukturen aufzubauen und bei den Betriebsräten die Konfliktbereitschaft zu fördern, aber die Erfolge sind sehr „überschaubar“.

Dabei wird sich die Lage aufgrund der demografischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen noch weiter zuspitzen.

In den Ost-Betrieben wird zu wenig ausgebildet. Große Teile der Unternehmen verbrauchen noch immer die reichlichen, aus DDR-Zeiten stammenden, Qualifikations-Ressourcen und verlassen sich auf die nicht vorhandene Bereitschaft der Beschäftigten zur Fluktuation.

Berufliche Ausbildung findet deshalb immer öfter nicht mehr im dualen System statt, sondern in schulischen, überbetrieblichen Ausbildungsstätten. Dabei konzentrieren sich die staatlichen Bildungsinvestitionen meist auf weniger anspruchsvolle Ausbildungen im Dienstleistungssektor, wobei oft auch noch auf den Arbeitsmarktbezug keine Rücksicht genommen wird. Es ist deshalb

abzusehen, dass über kurz oder lang in den Betrieben die Fachkräfte fehlen werden.

In Ostdeutschland wird auch zu wenig studiert. Neben dem Fakt, daß der Anteil der Studierenden insgesamt zu gering ist und war, wurden über Jahre hinweg gerade die Ingenieurwissenschaften vernachlässigt. Auch hier zeichnet sich ein Fachkräftemangel ab.

Die Probleme stehen zum Teil bereits auf der Tagesordnung. Ostdeutschland erlebt zurzeit einen gewaltigen demographischen Umbruch. Nach der so genannten Wende, sanken die Geburtenzahlen drastisch ab. Deshalb sinken die Schulabgängerzahlen in den kommenden Jahren bis 2010 um die Hälfte. Gleichzeitig verdoppelt sich die Zahl der Renteneintritte in dem Zeitraum. Auch gibt es eine weiter anhaltende hohe Abwanderung in den Westen – nicht zuletzt durch das hohe Lohn- und Gehaltsgefälle (die Entgelte liegen im Osten um rund 30 Prozent unter denen des Westens). Ostdeutschland droht deshalb ein kaum zu kompensierender Aderlaß.

Resümee

Die Perspektiven sind für die ostdeutschen Länder, für die Betriebe und damit auch für die Gewerkschaften, alles andere als positiv. Zwar hat die Produktivitätsentwicklung in der Industrie mit der des Westens inzwischen gleich gezogen, diese teilweise sogar überholt, doch reicht das in der Summe mittel- und langfristig für stabile ökonomische Verhältnisse nicht aus. Behr spricht den Unternehmen aufgrund der strukturellen Defizite sogar die Zukunftsfähigkeit ab. Die kommende Krise haben zwar die Kapitalisten der eigenen Ignoranz zu verdanken, die werktätige und erwerbslose Bevölkerung aber muß letztlich diese Suppe auslöfeln. Ein dauerhaftes Ausbluten und Abhängen der ostdeutschen Länder wird jedoch nicht alleine das Problem dieser Länder sein. Die Konsequenz wird eine allgemeine strukturelle Krise, auch im Westen, sein mit weiteren Angriffen auf die Gewerkschaften und die abhängig beschäftigte Bevölkerung.

Nachbetrachtungen zum AEG-Streik



U ngefähr vor einem Jahrgang in Nürnberg der 46-tägige Streik der 1750 AEG-Beschäftigten zu Ende. Von vielen ist dieser Arbeitskampf als „Bilderbuchstreik“ bezeichnet worden:

Mit täglich über 1000 Streikposten konnte, trotz eisiger Kälte, eine Totalblockade durchgesetzt werden. Das hatte für Elektrolux täglich einen Produktionsausfall im Wert von etwa 4 Millionen Euro zur Folge. Die Urabstimmung hatte eine 99%-ige Zustimmung der Abstimmenden ergeben. Das Unternehmerlager musste aus politischen Gründen auf die üblichen Öffnungserzwingungen und Polizeieinsätze verzichten. Es gab nicht einmal den Versuch des Streikbruchs. Die kämpferische Stimmung hielt bis zuletzt an.

Die IG Metall konnte während der Auseinandersetzung den Mitgliederanteil auf 80% verdoppeln. Die hervorragende Funktionalität des Streikablaufs beruhte auf einer großen Geschlossenheit und Einigkeit zwischen den Streikenden, dem Betriebsrat, dem Vertrauensleutkörper und den Hauptamtlichen der IG Metall, bis hin zum örtlichen DGB. Die Streikversammlungen zwei mal täglich (600 Anwesende) und die tägliche Streikzeitung sorgten für Information und Austausch.

Die Taktik der Streikleitung war richtig und erfolgreich, vor allem in zwei Richtungen:

1. Die Umgehung der rechtlichen Barrieren durch das Streikziel eines möglichst günstigen Sozialtarifvertrags. Für den Erhalt des Werkes zu streiken hätte gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen.
2. Die Herstellung einer lang andauernden und breiten Solidarisierungswelle war wohl in einmaliger Weise gelungen. Es war politisch richtig, die moralische Karte (Gut und Böse) auszuspielen, die von den Fakten her untermauert wurde: Ein Werk mit Gewinn wird rücksichtslos von einem multinationalen Konzern wegen Verlagerung geschlossen um noch mehr Profit zu machen. Leider waren in der Kampagne auch einige nationalistische Töne („Wir sind Deutschland“) nicht zu überhören. Für die Stadt und Region Nürnberg war die Bedrohung des 80 Jahre alten AEG-Werkes das Tüpfelchen auf dem „i“ im industriellen Niedergang. Der Widerstand fand große Unterstützung in der örtlichen Presse. Eine nie erlebte organisationsintern und öffentliche Unterstützung fand statt: In der IGM, im DGB (Menschenkette der 6000) zusammen mit anderen Gewerkschaften (ver.di-Demo), durch die Stadt Nürnberg, den Kirchen, Vereinen, politischen Parteien und Gruppen, durch die Kolleginnen und Kollegen des italienischen Schwesterwerks, durch die Besuche der Poiltprominenz, durch die Anwohner usw. Besonders hervorzuheben war der „Weiße-Ware-Marsch“ der Kollegin-

nen und Kollegen aus den Konkurrenzkonzernen. 600 Busse und die Sonderzüge brachten Unterstützer aus oft weiten Entfernungen. Die Spendenbereitschaft war überwältigend, wie auch die Anzahl der Protestaktionen.

Der gelungene Versuch, über parteipolitische Unterschiede hinweg eine breite Solidarität in der Gesellschaft herbeizuführen, war beispielgebend und hatte seine Auswirkung auf nachfolgende betriebliche Auseinandersetzungen und Kämpfe gegen Produktionsverlagerungen in „Billiglohnländer“. Will man Lehren daraus ziehen, müssen natürlich immer auch betriebliche und regionale Besonderheiten berücksichtigt werden.

Eine dermaßen große Solidarität, bis weit ins bürgerliche Spektrum hinein, kann bei Lohnstreiks nach wie vor ausgeschlossen werden. Der Wille der Arbeiter zu arbeiten und eine scheinbare Willkür des zudem ausländischen Mutterkonzerns dies zu verhindern, brachte erst die Empörung und breite Unterstützung in der Gesellschaft. Inwieweit eine solche mächtige Solidarisierung bei Verlagerung und Schließung in anderen Städten wiederholbar ist, hängt auch von den dortigen speziellen Bedingungen, von der Beschaffenheit des Umfeldes ab und auch von der Betroffenheit der Region. Einer Verallgemeinerung stehen unterschiedliche Bedingungen entgegen.

Dieser außergewöhnliche Streik hatte ein ambivalentes Ergebnis – Niederlage und Erfolg gleichzeitig:

„Das oberste Ziel der Erhalt der Arbeitsplätze in Nürnberg, konnte nicht erreicht werden, weil die politischen und rechtlichen Voraussetzungen dafür fehlen.“ (Erklärung der Streikleitung) Man könnte hinzufügen, weil die ökonomische und politische Stärke von multinationalen Konzernen ein Übergewicht darstellt, das unter dem gegebenen kapitalistischen System- und Machtverhältnissen auch mit einem noch so langen Streik nicht zu überwinden ist. Auf der anderen Seite ist es das weithin fehlende Klassenbewusstsein bei der Masse der Lohn-

abhängigen, das die notwendige Erweiterung und politische Vertiefung solcher Arbeitskämpfe erschwert.

Die Schließung des Werks, trotz aller Anstrengungen und des großen finanziellen Aufwandes (über 1,5 Millionen € aus der Gewerkschaftskasse) nicht verhindern zu können, das ist die negative Ausstrahlung, die deutschlandweit bedeutsam ist.

Positiv sind andere Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus dieser harten Auseinandersetzung, besonders in der IG Metall: „Wir brauchen ein erweitertes Streikrecht“ war das Resümé des Streikleiters Jürgen Wechsler. „Der Streik als Instrument des Arbeitskampfes hat nicht ausgedient. Wir sehen eine Renaissance“. AEG-Betriebsratsvorsitzender Harald Dix (parteilos) stellte fest: „Wir haben zwar nicht die Schließung des Werkes verhindert, aber wir haben den Kapitalismus angekratzt.“ Wenn er damit meint, man habe beigetragen, das kapitalistische System kenntlicher zu machen, kann man zustimmen.

Der ehemalige 1. Bevollmächtigte der IGM Nürnberg, Horst Klaus, sah es ähnlich: „Die große politische Bedeutung besteht darin, daß das soziale Unrecht unternehmerischen Handelns, das ausschließlich auf Kostenminimierung und Gewinnmaximierung durch Arbeitsplatzvernichtung oder -verlagerung gerichtet ist, einer breiten Öffentlichkeit deutlich gemacht worden ist.“

Bayerns ver.di Vize Wendel bezeichnet den AEG-Streik als „Auftakt einer neuen Epoche“. Jürgen Wechsler sah es realistischer: „Vielleicht erleben wir den Aufbruch zu einer neuen Zeit – wir lassen uns nicht mehr alles gefallen.“ Der Arbeitskampf hatte Vorbildfunktion. Trix- und Märklinbeschäftigte kamen kürzlich vor das AEG-Werk: „Wir wollen unsere bedrohten Arbeitsplätze verteidigen. Ihr von der AEG habt uns mit eurem Kampf geholfen.“ Auch ein Bus mit BSH-Beschäftigten aus Berlin traf in Nürnberg ein.

Auch innerorganisatorisch hatte der hervorragend funktionierende Streik seine Auswirkungen. Der bayrische Bezirksleiter Werner Neugebauer musste durch das kämpferische Handeln der Belegschaft und der betrieblichen und gewerkschaftlichen Funktionäre seine zuerst versuchte Abwiegungspolitik aufgeben.

Der energisch geführte Streik hat zumindest die Folgen der Schlie-

ßung gemindert. Der durchgesetzte Sozialtarifvertrag war ein beachtlicher Erfolg, die Abfindungszahlungen dürften nahezu einmalig sein. Außerdem können die 780 Beschäftigten bei den Elektrolux-Service-Gesellschaften bleiben und wieder ihre alten Tarifrechte erhalten. Das Werk Rothenburg bekommt eine Atempause. Betriebsratsvorsitzender Rainer Kretschmer schöpft Hoffnung: „Eines haben wir aus dieser Auseinandersetzung gelernt, wenn wir zusammenstehen, dann können wir auch den Flächentarifvertrag erfolgreich verteidigen.“

Noch etwas haben die AEG-Streikenden bewirkt, was anderen zugute kommen wird: Angesichts des Politikums, zu dem der Streik geworden war und der Tatsache, daß der Marktanteil von Elektrolux in Deutschland von 12% auf 8% sank, ist plötzlich keine Rede mehr davon, die Hälfte der westeuropäischen Werke zu schließen. Die Schließungskosten in Nürnberg hatten für den Konzern erschreckende Ausmaße angenommen.

Wir hatten uns die Frage gestellt: „Ist der AEG-Streik der Vorbote eines neuen Kampfgeistes?“ Das ist nicht so einfach zu beantworten. Er trug jedenfalls dazu bei, vielerorts den Widerstandsgeist zu stärken, was aber nicht zu verallgemeinern ist.

Die Stärkung des gewerkschaftlichen Bewusstseins ist nicht messbar und dürfte sich vor allem auf bereits gewerkschaftlich Engagierte beziehen. Ein genereller Durchbruch kann es nicht sein, da die Kräfteverhältnisse in verschiedenen Branchen und Betrieben zu unterschiedlich sind.

Die entlassenen AEG-Arbeiterinnen und Arbeiter scheiden nun in der Mehrzahl aus dem gewerkschaftlichen Leben aus. Ihre kritiklose Zustimmung zu den Phrasen der Politprominenz im Streikzelt und das Fehlen jeder Hinterfragung nach deren politischer Verantwortlichkeit für die unsoziale Gesetzgebung zeigen, daß die politische Orientierungslosigkeit der Streikenden nicht überwunden war. Den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit hatten sie hautnah erlebt. Das kapitalistische System und die Eigentumsfrage standen nicht zur Debatte. Man hofft allgemein immer noch auf eine Rückkehr zur „sozialen Marktwirtschaft“, sieht keine Alternative. Doch der „Kapitalismus“

hat wieder etwas an Leuchtkraft verloren, ist „angekratzt“. Das ist zumindest politisch ein kleiner Schritt nach vorn. Die Ablösung engagierter Gewerkschafter von der SPD geht weiter. Das Problem ist aber wohin?

Immer mehr nehmen auch hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre, auch die Nürnberger DGB-Spitze, Stellung gegen die unsoziale Politik der Großen Koalition mit Aktionen in- und außerhalb der Betriebe. Man meint den frischen Wind durch den AEG-Streik noch zu spüren.

Durch den Niedergang des Wertes der Ware Arbeitskraft ist jedoch die Erpressbarkeit in den Betrieben weiterhin vorherrschend. „Ungeahnte Zugeständnisse gehen um aus Angst vor Entlassungen und Schließungen“, musste kürzlich „metall“ feststellen. Das trifft auch weiterhin auf den Nürnberger Raum zu. Mehrarbeit ohne Lohn, bis hin zur Sonntagsarbeit bei Nexans. Drei Stunden nun Mehrarbeit im Pfeleiderer-Werk und Verzicht auf Lohnerhöhung, auch 2007. Ähnliches geschieht bei Federal-Mogul in Nürnberg. In einem Zweigwerk von Schäffler (INA) hat der Betriebsrat, ohne Einbeziehung der IGM, einer Mehrarbeit von fünf Wochenstunden zugestimmt. Bei Eiscrem-Schöller will der neue Besitzer jede Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit verhindern. Das sind nur einige Beispiele.

Der AEG-Streik war ein Fanal des Widerstandes, das aber nach den bisherigen Erfahrungen im Lauf der Zeit verblassen wird. Da sich deswegen nichts Grundsätzliches geändert hat, müssen die unterschiedlichen Auseinandersetzungen in den Branchen und Betrieben wie bisher mühselig bestritten werden. Zumindest in ähnlichen Fällen könnte der AEG-Streik beispielgebend sein. Vor allem bezüglich des Erfolgs durch den großen solidarischen Beistand von der eigenen Organisation und aus anderen Gewerkschaften und Betrieben.

Eine politische Weiterentwicklung der beteiligten Kolleginnen und Kollegen im Sinne sozialistischer Bewusstwerdung dürfte selbst in geringem Ausmaß kaum eintreten, was auch nicht zu erwarten war.

Volkseinkommen immer mehr toplastig

WSI-Verteilungsbericht 2006 bestätigt Grundtendenz der letzten 25 Jahre

Wer aufmerksam die mäßigen Lohntarifabschlüsse verfolgt, den stetigen Schwund von Vollzeitstellen registriert und die staatliche Lohnsenkungspolitik mittels des Wegfalls anteiliger Beitragspunkte auf der Unternehmerseite für die Sozialversicherungssysteme nicht außer acht lässt, wird sich nicht wundern: Vom 2005 auf insgesamt 1,675 Billionen € gestiegenen Volkseinkommen (2004: 1,65 Bio. €) erhalten die lohnabhängig Beschäftigten, Ruheständler und Erwerbslosen anteilig immer weniger. Das „Bruttoarbeitnehmerentgelt“ fiel von rund 1,135 Bio. € auf ca. 1,129 Bio. € in 2005 zurück.

Im diesjährigen Verteilungsbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der DGB-nahen Hans-Böckler-Stiftung verweist der Autor Claus Schäfer gleich zu Anfang auf die verteilungspolitische Kehrseite: *„Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen nahmen jedenfalls in 2005 noch einmal kräftig zu um 6,2 Prozent (nach +10,4 Prozent in 2004 und +3,4 Prozent in 2003) und absorbierten damit weit mehr als den gesamten Zuwachs des Volkseinkommens vor der öffentlichen Umverteilung.“*

Das von Jahr zu Jahr stufenweise Absacken des Anteils der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, genannt Bruttolohnquote, gibt darüber Aufschluß. Schwankte die Bruttolohnquote zwischen 1991 und 2003 noch um die Größe von etwas mehr als 70 bis über 71 Prozent, erfolgte 2005 ein Abstieg auf 67,4 Prozent (2004: 68,9 Prozent). Zum Vergleich auf längere Sicht: 1980 erreichte die Bruttolohnquote in der damaligen BRD-West 75,2 Prozent. Ihr Herabdrücken auf 69,8 Prozent bis 1990 belegt das wachsende Übergewicht der Kapitalseite und die abnehmende Fähigkeit der organisierten Arbeit in der BRD, ihren Interessenlagen hinreichend Geltung zu verschaffen. Dies bereits in der Dekade vor dem Zusammenbruch des „Realsozialismus“.

Lohn- oder Gehaltsempfänger wissen bei Betrachtung ihres Lohn-

eingangs auf dem Kontoauszug, daß nach Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen und Lohnsteuern ihr Bruttolohn um einiges schrumpft. Ihr unmittelbares Nettoeinkommen ergibt das persönliche Kaufkraftpotential, aus dem sie ihre Lebensführung bestreiten. Nur als Patient im Krankheitsfall, erwerbslos oder dann dauerhaft auf Zeit als Ruheständler beanspruchen und benötigen sie zentral verwaltete Bruttolohnbestandteile der Kranken-, Arbeitslosen- oder Rentenversicherung. Gäbe es nicht diese (sozial-)staatliche Daseinsvorsorge, was dann? Und Steuern braucht der Staat auch, um ein funktionierendes Gemeinwesen zu garantieren. Aus diesem Blickwinkel ist an sich eine erhebliche Abgabenbelastung nicht zu kritisieren. Tatsächlich erfuhren die Nettolohneinkommen in Bezug auf das gesamte Volkseinkommen von 1991 (48,1 Prozent) bis 2005 (41,2 Prozent) einen auffallenden Schrumpfprozess, zumal der Vergleichswert anno 1970 BRD-West bei 55,8 Prozent lag. Gekürzte Sozialleistungen wie Renten und Erwerbslosenunterstützung im Rahmen aller verfügbaren Haushaltseinkommen schlagen hier spürbar mit zu Buche. Die Lohnsteuerbelastung der Bruttolöhne lag 2005 bei 17,3 Prozent (2000: 19,4 Prozent; 1995: 18,7 Prozent; 1991: 16,3 Prozent). Rufen wir die Werte in Erinnerung von 1980 (15,8 Prozent), von 1970 (11,8 Prozent) und 1960 (6,3 Prozent), bekommt die Klage über den Absturz der Nettolohnquote mehr schärfere Kontur. Denn die direkten Steuern auf Gewinn- und Vermögenseinkommen sanken quasi diametral ab: 6,0 Prozent Steuersatz 2005; 2000: 7,7 Prozent; 1995: 4,9 Prozent; 1991: 8,1 Prozent; 1980: 15,3 Prozent; 1960 20,0 Prozent.

Die Steuersätze der deutschen Kapitalgesellschaften bewegen sich bislang allerdings noch auf höherem Niveau. Unter Berufung auf neuere Forschungsergebnisse der Finanzwissenschaftler Jarass und Obermair beziffert Claus Schäfer ihre effektive Steuerlast bei durchschnittlich 16 Pro-

zent. Vor ihrer Versteuerung summierten sich 2005 die Bruttounternehmensgewinne der Kapitalgesellschaften auf 419,96 Mrd. € (2004: 376,76 Mrd. €; 1991: 195,8 Mrd. €). Ergab sich hieraus ein Zufluß direkter Steuern von 21,87 Mrd. €, waren es 2005 vierzehn Jahre später ganze 24,67 Mrd. € (20,80 Mrd. € 2004).

Die dogmatisierte Fehllehre, Gewinne steuerlich zu begünstigen, um mehr Investitionen, Wachstum und Beschäftigung hervorzurufen, produziert gesellschaftlich nichts als Unterbeschäftigung und Staatsdefizite. Um letzterem zu begegnen, erfolgt dann der weitere Zugriff auf die Masse der Nettolöhne: Dreiprozentige Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 1. Januar 2007!

Im produzierenden Gewerbe konnten 2005 im Westen Vollzeitbeschäftigte im Durchschnitt mit einem effektiven monatlichen Arbeitseinkommen von 3492 € rechnen. In Ostdeutschland werden ihnen jedoch nur 70,1 Prozent davon zugestanden. Frauen verdienen in diesen Geschäftszweigen zudem noch um 700 € weniger als ihre männlichen Kollegen. Unter Einbezug aller geringfügig und prekär Beschäftigten erfolgen drastische Reduktionen des Durchschnittsverdienstes nach unten, der dennoch vielen wiederum als Traumverdienst erscheinen mag: Der Durchschnittsbruttolohn von 2275 € im Westen ist und bleibt den beschäftigten im Osten versagt. Sie müssen sich im Schnitt mit 1769 € zufrieden geben. Manche sehen hierin einen „Standortvorteil“ des Ostens. Vorteil für wen? Wer längere Arbeitszeiten mit niedrigeren Löhnen diktiert, kann offenbar den Heißhunger nach unbezahlter Mehrarbeit nicht sättigen.

Die derzeit mit der „Unterschichtendeckelung“ angesprochene Zunahme der Armut in Deutschland wird in ihrem Ausmaß unterschätzt. Weil Armut aus fehlendem Einkommen entsteht und eintretende Verschuldung wiederum die Verwendung von Einkommen einengt, hält Claus Schäfer

eine Armutsquote von über 20 Prozent in der Bevölkerung mit allen öffentlich bekannten Auswirkungen für gegeben. Sein Fazit: „Die vergangene wie die zukünftige Entlastungspolitik bei Steuern – und auch Sozialversicherungsbeiträgen – zugunsten von Unternehmensgewinnen

und hohen Einkommen ist der Kern der neoliberalen Strategie, der auch die von den Einnahmefällen diktierte öffentliche Spar- und Leistungskürzungspolitik mit ihren Folgen zu verantworten hat.“

Das politisch bewusst destabilisierte Alltagsleben der Abgehetzten

und Abgehängten drängt ihnen aber nicht mechanisch die Infragestellung ihrer Lebensumstände auf. Eine destabilisierte Produktionsweise kann als Ganzes gerade daraus ihre andauernde Stabilität gewinnen.

Hubert Zaremba

Wer Renten kürzt – meint Steigerung der Profite

Rente erst mit 67? Fakten und Interessenlagen

Eine Lebensspanne von annähernd achtzig Jahren können heute in Deutschland Geborene erwarten. Man lebt im Schnitt bald doppelt so lang wie vor hundert Jahren. Dies ermöglichte sinkende physische Belastung durch kürzere Arbeitszeiten, bessere Ernährung und intensivere Gesundheitsbetreuung. Eine Funktion sozialstaatlicher Umverteilung besteht darin, an sich vermögenslosen Lohnabhängigen nach ihrem Arbeitsleben eine Altersrente zu gewähren. Sie soll ihnen eine erlangte Lebensführung bis zum Lebensende sichern. Dafür dienen zentral verwaltete Lohnbestandteile der jüngeren oder älteren noch arbeitenden lohnabhängig Beschäftigten. Auch 64-jährige, die nach Erreichen der 65 in Rente gehen, zahlen mit und bis zu ihrem letzten erhaltenen Monatslohn Rentenbeiträge. Die Gesamtauszahlung der Gesetzlichen Rentenversicherung belief sich 1995 auf 184,8 Mrd. Euro. Inklusiv der hierin enthaltenen staatlichen Steuerzuschüsse, abgedeckt durch einen Großteil der Ökosteuer, erhöhten sich die Auszahlungen bis 2003 auf 238,2 Mrd. Euro. Ohne die Zuschüsse aus Massensteuern bliebe zur Erfüllung der Rentenansprüche nichts anderes übrig, als die Rentenbeiträge zu erhöhen. Dies rief jedoch eine erhebliche Lohnerhöhung hervor. Denn was ist Lohn? Nichts anderes als der Wert der Existenzmittel einer Arbeitskraft. Diese braucht sie unter gegebenen hiesigen Umständen, um gesund, munter und pünktlich die Arbeitsleistung zu erbringen, auf die sie sich per

Arbeitsvertrag verpflichtet hat. Da eigene Kinder, der Nachwuchs, nicht umsonst aufwachsen, und das Leben der meisten Ruheständler jenseits ihrer verlassenen Arbeitsstätten weitergeht, muss dieser Kostenaufwand mit in den Lohn eingehen. Mehr Rentner aus geburtenstarken Alterskohorten, die auch noch länger leben, benötigen daher einen höheren Anteil aus der jährlich erarbeiteten Wertschöpfung. Höhere Löhne schmälern bei geringen Wachstumsraten die Gewinnsituation der jeweiligen Unternehmen, bzw. ihrer Eigner. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs in Deutschland seit 1991 von 1,53 Billionen Euro auf die vorläufige Summe von 2,25 Billionen Euro in 2005 an. Davon flossen als Volkseinkommen 1,69 Billionen Euro zurück auf die Konten der Einwohner. Etwa neunzig Prozent von ihnen nebst Kindern haben oder hatten den Status des Lohnabhängigen, sind oder waren auf Lohnarbeit angewiesen. Ihre Quote am Volkseinkommen fällt allerdings niedriger aus. Umfassten die Löhne 2002 noch 71,4 Prozent des Volkseinkommens, sackten sie bis 2005 auf 67,0 Prozent ab. Entsprechend höher kletterte der Anteil aus Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Von 2003 bis 2005 stieg dieser Anteil von 30,1 Prozent auf 32,7 Prozent. Möglich macht das im Verhältnis zum wachsenden Bruttoinlandsprodukt eine mäßige Entwicklung der Bruttolöhne, indem der Gesetzgeber vor allem die Lohnbestandteile für Gesundheit, Erwerbslosenunterstützung und Renten kürzt oder deckelt. Wer z.B. weniger Anwarts-

jahre für die Punkte der Rentenberechnung durch Heraufsetzung der Altersgrenze nachweist, bekommt dann weniger. Die stagnierenden Beitragseinnahmen der Gesetzlichen Rentenversicherungsträger (ohne Knappschaftsversicherung der Bergbaubeschäftigten) entsprechen dem politischen Diktum, die Beiträge vorerst nicht über zwanzig Prozent des Bruttolohns anzuheben. Wurden 2003/2004 jeweils 168,4 Mrd. Euro eingenommen, hieß es 2005, sich mit 168,0 Mrd. Euro zu begnügen. Die Formel der Politik lautet: Wozu aus der Schüssel des Volkseinkommens den Anteil der Lohnabhängigen größer machen, wenn kleinere Portionen, zumal an die Rentner, es auch bringen. Wo „Reform“ Kürzung meint, unterliegen alle Sozialversicherungszweige speziellen Methoden der Beitragsdrosselung, um die Lohnentwicklung zu bremsen, wenn nicht umzukehren. Das geht so: Stellen wir uns einen Betrieb mit hundert Beschäftigten vor, die alle auf ihrem Lohnzettel 2000 Euro Bruttoverdienst ausgewiesen bekommen. Jeder zahlt ca. zwanzig Prozent Sozialversicherungsbeiträge: Zehn Prozent für Rente, sieben Prozent für Gesundheit/Pflege, drei Prozent Erwerbslosenbeitrag. Das macht vierhundert Euro monatlich. Der Unternehmer kalkuliert jedoch anders. Die hälftige Berechnung der Sozialbeiträge veranlaßt ihn, von vornherein weitere zwanzig Prozent vom Bruttolohn für die Arbeitskraft „einzupreisen“. Sie kostet ihn tatsächlich 2400 Euro. Dieser Lohnanteil ist nicht auf den Millionen individueller Lohnabrechnun-

gen ausgewiesen aber, da real gezahlt, in der Bruttolohnquote erfasst. Sowie wenig es Lohn „neben“kosten gibt, so wenig gibt es eine Bruttolohn- „neben“quote. Nehmen wir nun an, die Politik verordnet eine Beitragssenkung von einem Prozent bei den Krankenkassenbeiträgen. Der einzelne Beschäftigte freut sich. Denn wiederum hälftig berechnet findet er zwanzig Euro Lohn mehr vor auf seinem Lohnzettel. Über die Leistungsminderung oder Zuzahlung wundert er sich später beim Arztbesuch. Noch mehr freut sich der Unternehmer. Pro Nase braucht er jetzt zwanzig Euro weniger Lohn zahlen. Monatlich bei hundert Beschäftigten sind das 2000 Euro, im Jahr 24 000 Euro. Hochgerechnet auf zwanzig Millionen Vollzeiterwerbstätige bei gleichem Verdienst sind das monatlich 400 Millionen

Euro. 4,8 Mrd. Euro im Jahr, welche die Unternehmer im einzelnen und insgesamt als Klasse verbuchen könnten. Nun heißt es: Diese eingesparten Lohnzahlungen erlauben Neueinstellungen. Aber wozu? Bleiben wir beim Beispiel des Betriebs mit hundert Beschäftigten. Der Arbeitsanfall bleibt doch gleich. Bei anfallender Mehrarbeit tun es auch Überstunden. Ob offen oder verdeckt: Niedrigere Löhne führen nicht zu mehr Arbeitsplätzen.

Umgekehrt ist es richtig. Je früher Beschäftigte von ihrem Arbeitsplatz ins Rentnerdasein wechseln, desto eher kann eine weitere Arbeitskraft ihn einnehmen. Längere Lebensarbeitszeiten blockieren das Nachrücken jüngerer Beschäftigter. Die IG Metall hat errechnet, dass eine Rentenbeitragerhöhung von 0,5 Prozent die Einführung der Rente erst ab 67 erüb-

rigen würde. Dabei beschäftigt nur noch ein Drittel aller Betriebe Leute, die älter sind als 55 Jahre. Müsste beim Fortschritt der Produktivität die Forderung nicht lauten: „Rentenalter ab 60 für alle“? Und dazu eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf den Sechstundentag, um Vollbeschäftigung bei geringerer Arbeitsbelastung für alle herbeizuführen? Veränderungen beginnen im Kopf. Ohne kühnere sozialpolitische Leitbilder ist ein Wettersturz im politischen Klima nicht möglich. Gerade den abhängig Beschäftigten ist nicht einsichtig, daß nur ihre Arbeit das Funktionieren der Gesellschaft und die Profite einer Minderheit garantiert. Das hat eine politische Linke zu vermitteln, sofern sie fähig ist, ihre eigentliche politische Aufgabe zu begreifen.

Hubert Zaremba

Sicherheitskonferenz in München Widerstand ist möglich



Demonstrationen und Übergriffe der Polizei gibt es oft in Deutschland. Was ist exemplarisch an dem Widerstand gegen die „Siko“, die alljährliche „Sicherheitskonferenz“ (früher „Wehrkundetagung“) in München?

Bei dieser alljährlichen Veranstaltung, die von der BMW Stiftung Herbert Quandt organisiert und aus dem Etat des Verteidigungsministeriums und mittels privater Sponsoren aus der Rüstungsindustrie finanziert wird, treffen sich Vertreter der Politik, der Rüstungsindustrie und zunehmend auch des Finanzkapitals. Die Reden der Politiker unterscheiden sich kaum von ihren sonstigen Verlautbarungen. Die Rede des russischen Präsidenten Putin in diesem Jahr war eher eine Ausnahme. Wichtig scheint dem „politisch/ökonomisch-militärischen Komplex“ wohl mehr die Feinabstimmung ihrer jeweiligen Interessen zu sein.

Die Siko hat sich im Lauf der Zeit zu einer der größten und von den Spitzenakteuren der Weltpolitik am meisten besuchten Konferenzen ausgewachsen. Maßgeblichen Anteil daran hat Horst Teltschik, der die Konferenz seit 1998 leitet. Er war früher Berater für Sicherheitspolitik von Bun-

deskanzler Kohl und war u.a. Vorstandsmitglied bei BMW.

Die bayrische Regierung und mittlerweile – mit etwas Bauchschmerzen – auch die Landeshauptstadt München fühlen sich geehrt, diesem großen Ereignis als Bühne zu dienen. Um so weniger sind sie bereit, Proteste dagegen zu tolerieren. Das Volk sollte doch das große Ereignis bejubeln. Die Demonstranten werden nicht nur als politische Feinde sondern auch als eine Art Nestbeschmutzer gesehen.

Den Wehrkunde-Tagungen, die seit 1962 bestehen, wurde jahrelang seitens der Linken keine besondere Aufmerksamkeit zuteil, es fanden nur kleinere Protestaktionen statt. Dies änderte sich 2002, als ein breites Bündnis linker, pazifistischer und christlicher Organisationen für die erste große Mobilisierung gegen die Sicherheitskonferenz sorgte. Es ist ein Verdienst dieses Bündnisses, daß über viele Jahre eine Tradition der Zusammenarbeit sonst gegnerischer z. T. verfeindeter Richtungen geschaffen wurde. Eine Aktionsgemeinschaft im besten Sinne dieses Begriffs, d. h. Kon-



Aus der Süddeutschen Zeitung vom 10./11. März 2007:

Rechtswidrige Durchsuchung

Wieder haben Polizei und Staatsanwaltschaft wegen ihres Vorgehens gegen die linke Szene vor Gericht eine Schlappe erlitten. „Rechtswidrig“ lautet das kurze und für die Ermittler peinliche Fazit des Landgerichts zu zwei Durchsuchungen im Vorfeld der jüngsten Sicherheitskonferenz. Wie berichtet, hatten linke Aktivisten auf Flugblättern und in Zeitschriften zu Protesten gegen die Konferenz und den G8-Gipfel in Heiligendamm aufgerufen, unter anderem zur Blockade des Rostocker Flughafens. Wegen des Verdachts, dass es sich dabei um öffentliche Aufforderung zu Straftaten handele, ermittelten die Münchner Behörden und ließen sich vom Amtsgericht eine groß angelegte Durchsuchungsaktion genehmigen. 157 Beamte durchkämmten im Januar zahlreiche Büros und Wohnungen von Linken, von Privatpersonen ebenso wie von Firmen. Darunter waren auch eine links-alternative Druckerei und ein „Kulturladen“.

Offenbar aber sind die Ermittler und das Amtsgericht schlampig vorgegangen, so der Tenor des Landgerichtsbeschlusses. Die beiden genannten Firmen hatten über ihren Rechtsanwalt Michael Sack Beschwerde gegen die Polizei-Aktion eingelegt. Die zweite Strafkammer des Landgerichts gab den Ermittlern daraufhin einen Schnellkurs in Rechtskunde. Der Durchsuchungsbeschluss ist auf Paragraph 102 Strafprozessordnung gestützt, der aber bezieht sich auf Beschuldigte. Die Ermittler hätten Paragraph 103 nehmen müssen, der gilt für Durchsuchungen bei Dritten. Aber einerlei, denn die Voraussetzungen für den 103er lagen laut Landgericht auch nicht vor. Dafür hätten die gesuchten Gegenstände, die die Beamten beschlagnahmen wollten, genau bezeichnet werden müssen. Tatsächlich aber waren sie nur „umschrieben“. Außerdem „muss aus Tatsachen zu schließen sein, dass diese Gegenstände aufgefunden werden können“, und diese Tatsachen müssten dann auch im Durchsuchungsbeschluss genannt werden. „Diese Voraussetzungen sind hier nicht erfüllt“, so die Richter. Also war die Aktion in diesen zwei Fällen „rechtswidrig“.

Bernd Kastner

zentration auf einen gemeinsamen Gegner bei politisch/propagandistischer Unabhängigkeit der Beteiligten.

Das heißt nicht, daß nicht jedes Jahr in der Vorbereitungsphase Streitereien und endlose Diskussionen stattfinden. Die Organisatoren sind nicht zu beneiden. Aber es ist die letzten 6 Jahre gelungen am durch die Siko vorgegebenen Termin eine Großdemonstration mit teils größerer, teils kleinerer überregionaler Beteiligung zu organisieren. Daneben fanden Kongresse und kulturelle Aktivitäten verschiedener linker Richtungen statt. In diesem Jahr beteiligten sich etwa 70 Gruppen.

Die Staatsgewalt reagierte und reagiert gewohnt hysterisch. Es scheint den Protagonisten des CSU-Freistaats Bayern unerträglich zu sein, daß ausgerechnet zu einer großen Tagung mit internationaler Prominenz Proteste stattfinden. Die Demonstrationen und die anderen Veranstaltungen wurden von der Polizei immer massiv und mit brutalem Körper- und Knüppelinsatz angegriffen. Auf Gesetze der bürgerlichen Demokratie, auf Versammlungsfreiheit, Schutz der Persönlichkeit oder gar auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel wurde keine Rücksicht genommen. Die Repressionsorgane des bürgerlichen Staats versuchten das damit zu rechtfertigen, daß „gewaltbereite Chaoten“, schwarze Blocks, ja Terroristen die Masse der Demonstranten ausmachen würden. Die bürgerlichen Medien einschließlich der für seriös gehaltenen

Presse (insbesondere die Süddeutsche Zeitung) stimmten mit ein.

Ihren bisherigen Höhepunkt erreichte die Unterdrückung im Februar 2002, als das Kreisverwaltungsreferat der SPD/Grün regierten Stadt München ein generelles Demonstrationsverbot für das gesamte Stadtgebiet erklärte. Eine derart einschneidende Aufhebung der grundgesetzlich garantierten Demonstrationsfreiheit hat es m. W. seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben. Oberbürgermeister Ude (SPD), von manchen mit der Münchner Realität weniger Vertrauten, für liberal gehalten, beeilte sich in vorausgehendem Gehorsam, der Polizei die rechtliche Möglichkeit zu verschaffen, ohne jede Rücksicht den Bürgerkrieg zu proben.

Trotzdem und gerade deshalb wurde demonstriert. Es gab etwa 800 Festnahmen. Viele der in Gewahrsam Genommenen saßen das ganze Wochenende ein. Hunderte von Demonstranten wurden z. T. mehrere Stunden eingekesselt. Auch unbeteiligte Passanten wurden von Polizisten niedergedrückt und, teils schwer, verletzt. Das Gewerkschaftshaus, wo eine Abendveranstaltung stattfand, wurde mit tiefgestaffelten Polizeiketten abgeriegelt. Die Einsatzleitung ließ ausrufen, die Teilnehmer der Veranstaltung sollten einzeln herauskommen, was diese nicht taten. Die Presse schrieb über tausende „gewaltbereiter Chaoten“, die im Anmarsch auf München wären, um die Stadt zu verwüsten und mußte hinterher kleinlaut zuge-

ben, daß von diesen „Chaoten“ nichts zu merken war - es sei den man bezieht den Ausdruck auf grün uniformierte Gewalttäter.

Gegen die Münchner Stadtverwaltung läuft seitdem ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Grundgesetz (Versammlungsfreiheit). Unterstützt von der Roten Hilfe wurden erfolgreich Beschwerden und Klagen gegen Gewahrsamnahmen und Haftdauer geführt.

In den darauf folgenden Jahren wurden Festgenommene deutlich schneller wieder freigelassen und es gab weniger Gewahrsamnahmen.

An der grundsätzlichen Bereitschaft der Staatsregierung, die Gegner zu kriminalisieren und zu verfolgen hat sich allerdings nichts geändert und in allen Jahren der Proteste gegen die Sicherheitskonferenz kam und kommt es zu mas-

sivem Polizeiübergriffen und Repression. So war 2004 der vorläufige Gipfel an Polizei-Brutalität zu verzeichnen und 2007 die ausgedehntesten Repressalien gegen linke Strukturen im Vorfeld. Insgesamt 11 Wohnungen, Betriebe und Veranstaltungsorte in München wurden von Polizei und Staatsanwaltschaft durchsucht. Als Begründung wurden angeblich strafbare Inhalte einer Broschüre, eines Flugblattes und eines Beitrages auf einem unabhängigen Internet-Nachrichtenportal zu den Protesten gegen die Sicherheitskonferenz und das kommende G8-Treffen in Heiligendamm angeführt. 8 Personen wurden im Zuge dessen mit der Begründung sich des öffentlichen Aufrufes zu Straftaten schuldig gemacht zu haben erkenntnisdienlich behandelt und fast überall wurden Computer beschlagnahmt.

Die „seriöse“ Presse ließ sich in diesem Jahr nicht so uneingeschränkt als Sprachrohr für die Propaganda der Polizei und des Verfassungsschutzes mißbrauchen. Vor der Siko 2007 ver-

öffentlichte die Süddeutsche Zeitung eine Auflistung von Fällen, in denen Übergriffe der Polizei von Gerichten als rechtswidrig qualifiziert und Strafverfahren eingestellt wurden - zu Lasten der Staatskasse. Diese Liste wurde mittlerweile in einem weiteren Artikel fortgeführt: Bisher zwei von den 11 erwähnten Hausdurchsuchungen wurden in zweiter Instanz vom Landgericht für rechtswidrig erklärt, über



weitere Beschwerden sind noch keine Beschlüsse ergangen.

Die Polizei versucht natürlich trotzdem, ihr Vorgehen zu rechtfertigen. In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung vertrat der Münchner Polizeipräsident Schmidtbauer die Auffassung, die Polizei müsse auch dann eingreifen, wenn Gerichte später ihr Vorgehen als rechtswidrig beurteilen würden. Daß er die Polizei damit tendenziell außerhalb der Gesetze stellt, fiel ihm wohl nicht auf.

Auch die Äußerungen Horst Teltchiks: „Es ist die Tragik jeder Demokratie, daß bei uns jeder seine Meinung öffentlich vertreten darf und daß man politisch Verantwortliche in einer Demokratie schützen muß. In Diktaturen würde so etwas nicht passieren.“ (Süddeutsche Zeitung v. 8.2.2007) wurden nicht gut aufgenommen. Sogar CSU-Stadträte distanzieren sich (ob aus Überzeugung sei dahingestellt).

Am 9.2.2007 nahmen 4000-5000 Menschen aus verschiedensten

Organisationen an der Demo teil. Es kam zu den üblichen Übergriffen der Polizei und vor allem des USK (Unterstützungskommando) wegen der per Auflagenbescheid verbotenen Seitentransparente und wie immer waren unzählige Videotrups und Fotografen der Polizei damit beschäftigt, ihren Datenbestand zu erweitern. Die Demonstrationsleitung hielt den Zug jedesmal an, wenn die

Gefahr bestand, daß Teile abgetrennt werden und so wurde an diesem Tag viel gestanden. Nur wenige hundert Meter vor dem Platz der Abschlußkundgebung brachen ohne ersichtlichen Grund US-Kler massiv und mit gewohnter Brutalität in den internationalistischen Block ein. Der Platz selbst war von der Polizei zu einer sorgfältig abgesperrten Mause-

falle ausgebaut worden. Angesichts dessen und angesichts der Erfahrung mit der Polizeipraxis während der Demo abgefilmte Menschen im Anschluß zu verhaften, beendete die Demo-Leitung die Demonstration rd. 300 m vor dem geplanten Ort an einer Kreuzung, die bessere „Fluchtmöglichkeiten“ bot. Trotzdem wurden etliche Personen, die sich nicht schnell genug aus dem Staub machten, oder bereits auf dem Nachhauseweg waren, festgenommen und abfahrende Busse durchsucht. So kam es zu immerhin über 60 Festnahmen und es wurde die Rechtfertigung für das massive Polizeiaufgebot (3.500 Beamte lt. Polizeipräsidentum) geschaffen.

Die mehrjährigen Auseinandersetzungen um die Münchner Sicherheitskonferenz liegen zweifellos weit unter der Schwelle ernster und massenhafter Klassenauseinandersetzungen. Sie zeigen trotzdem, wie wichtig und auch auf längere Sicht solidarisiert gemeinsame Erfahrungen mit staatlicher Repression sein können.

Die Gewerkschaften verlieren weiter an Glaubwürdigkeit

Können die deutschen Gewerkschaften die schwierigen Aufgaben der nächsten Zeit bestehen? In welcher Situation befinden sie sich? Wie ist die wirtschaftliche Lage?

Die Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems führen zu einer immer größeren Konzentration des Kapitals, zu Fusionen und zur Zerschlagung oder Zerstückelung von Betrieben. Veranlaßt von einer anhaltend stürmischen Entwicklung der Produktivkräfte, vor allem in den Bereichen Technologie und Informatik, müssen die kapitalistischen Unternehmer die Rationalisierung immer weiter vorantreiben. Begünstigt durch ihre nun unangefochtene politische Herrschaft, durch die durchgesetzten neoliberalen Rahmenbedingungen und angesichts einer politisch nahezu ohnmächtigen Arbeiterklasse, kennt die Gier nach Extraprofiten kaum mehr Grenzen. Die Kapitalisten haben freie Hand für die Verlagerung ihrer Produktion in Niedriglohnländer und die Rationalisierung wird immer rücksichtsloser betrieben.

Die Folgen sind Sozialabbau, Tariffucht, Massenentlassungen, Betriebsschließungen, Lohnrückerei und Arbeitszeitverlängerung. Vor dem Hintergrund einer riesigen Reservearmee von Arbeitslosen und einer großen Zahl von in prekären Arbeitsverhältnissen Beschäftigten und der durch die Globalisierung verstärkten Lohnkonkurrenz gerät die Masse der Lohnabhängigen immer mehr ins Hintertreffen. Das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit verschlechtert sich weiter.

Wir sind in Deutschland wieder so weit, daß der Abstieg in die Arbeitslosigkeit der Einstieg in die Armut ist. Gerade bei drohenden Betriebsschließungen sind Gewerkschaftsmitglieder und Nichtmitglieder gleichermaßen gezwungen zu kämpfen, wollen sie nicht ihre Existenzgrundlage und die ihrer Familien verlieren. Kann unter den bestehenden politischen Verhältnissen schon nicht die Schließung eines Werkes verhindert werden, so konnten doch, wie die Erfahrungen der letzten Zeit zeigen, ansehnliche Abfindungen durchgeföhrt wer-

den. Kamen die Tarifabschlüsse des letzten Jahres meist einer Niederlage gleich, wie z.B. im Öffentlichen Dienst, so findet der bevorstehende Tarifkampf in der IG Metall unter anderen Bedingungen statt: Die Wirtschaft, besonders der Export, boomt, die Reichen werden immer unverschämt reicher, aber auf der anderen Seite wurden und werden die Massen sozial fortlaufend belastet, drückte die Teuerung durch den Euro den Lebensstandard beträchtlich. Man kann also von einer Unzufriedenheit ausgehen, die sich momentan in größerer Kampfbereitschaft niederschlägt. Auf der anderen Seite werden gegenwärtig im Metall- und Elektrobereich wieder Fachkräfte gesucht, was das Selbstbewußtsein hebt. So ist es am 14. Dezember zum ersten politischen Streik seit langem gekommen, den die Unternehmer zähneknirschend hinnehmen mußten. 200.000 IG-Metaller legten bei VW, BMW, Daimler-Chrysler usw. für bis zu drei Stunden die Arbeit nieder, um gegen die „Rente mit 67“ zu streiken. Auch haben die Streiks bei AEG/Elektrolux, BSH usw. gezeigt, daß unter bestimmten Umständen Solidarität wieder eingeföhrt werden kann.

Ob Tarifauseinandersetzungen oder reine Abwehrkämpfe, nach wie vor können sie nur durchgestanden werden oder relativ erfolgreich sein, wenn dem organisierten Unternehmerlager organisierte Arbeiter und Angestellte gegenüberstehen. Diese Organisationen sind nun mal die bestehenden Gewerkschaften, wie sie jahrzehntelang ausgerichtet waren: SPD-gebunden, sozialpartnerschaftlich und nicht immer kämpferisch. Doch die Erfahrungen aus sieben Jahren Schröder-Regierung und nun antisozialer Politik in der Großen Koalition haben die sozialdemokratische Bindung arg strapaziert und aufgeweicht. Die sozialpartnerschaftliche Ausrichtung wird durch die rücksichtslosen Unternehmeroffensiven laufend selbst entlarvt und damit

auch das Verhalten mancher Gewerkschaftsführer. Doch wäre es ein Trugschluß, würde man mangelnden Kampfgeist und mangelndes Klassenbewußtsein vor allem der politischen Ausrichtung des Gewerkschaftsapparates anlasten. Eine Organisation ist immer auch die Summe ihrer Mitglieder und noch werden Gewerkschaftsfunktionäre und Delegierte gewählt. Bei der Masse der Mitglieder ist gegenwärtig die Erhaltung des Arbeitsplatzes das Hauptanliegen und nicht der neue Tarifvertrag. Daß dies die eigene Zukunft und die der Familie entscheidet, ist vorherrschendes Denken.

Es ist also nicht allein der politische Kurs der Zaghaftheit und der Beschwichtigung einer politisch orientierungslosen Gewerkschaftsführung, wenn die Masse der Mitglieder von mangelnder Aktivität und mangelnder Kampfbereitschaft bestimmt wird. Dort jedoch, wo es um ihre Existenz geht, sind Mitglieder und auch viele Nichtmitglieder bereit, sich zu wehren.

Der Fisch stinkt vom Kopf zuerst

Die kommenden Auseinandersetzungen werden noch schwieriger werden, sollte sich die Weltkonjunktur, die ja auch eine Kriegskonjunktur ist, wieder abschwächen. Bei den Gewerkschaften, die heute schon hart bedrängt sind und medial kein großes Ansehen genießen, wird es darauf ankommen, in welchem inneren Zustand sie sich befinden. Das betrifft sowohl die Quantität wie die Qualität, die sich gegenseitig beeinflussen. Dazu gehören die Zahl ihrer Mitglieder, die Finanzkraft und ihre innere Verfaßtheit. Haben die Gewerkschaften noch die Ausstrahlung, junge Menschen zu gewinnen, nicht nur als Zahler, sondern als überzeugte Parteigänger der „Arbeitersache“? Oder sterben die Betriebskerne aus, in denen politische Überzeugung und mo-

ralischer Anspruch noch eine Rolle spielen? Wo Gewerkschaften davon nicht mehr geprägt sind, degenerieren sie zum bloßen Interessenverband, der wenig Durchschlagskraft mehr hat, bei dem individueller Nutzen vor solidarischem Verhalten steht! Selbst die DGB-Gewerkschaften scheinen sich schon auf halbem Weg dorthin zu bewegen, wo der DBB-Beamtenbund/Tarifunion (1,2 Mill. Mitglieder), Deutscher Bundeswehrverband (212.000), Marburger Bund usw. sich schon befinden. Mit der alten Arbeiterbewegung und ihren politischen Zielen – waren sie reformistisch oder sozialistisch – haben solche reinen Interessenverbände nichts mehr zu tun. Sollen die DGB-Gewerkschaften Zukunft haben, müssen sie ihrem moralischen und politischen Anspruch nachkommen. Die IG BCE macht zur Zeit das Gegenteil. Während der DGB gegen die „Rente mit 67“ zu Felde zieht, fällt sie der Ablehnungsfront in den Rücken: *„Wir haben eine differenzierte Einstellung zur Rentenreform.“* Ausreichende Neuzugänge, Mitgliederaktivierung und eine Stärkung des Gewerkschaftsbewußtseins sind nur zu erreichen, wenn die Gewerkschaften ihre demokratische Struktur beweisen und wenn sie glaubwürdig bleiben.

Leider ist es darum seit Bestehen der BRD nicht gut bestellt. Man könnte eine lange Liste aufstellen von Pleiten und Skandalen, von Verwirtschaftung und Veruntreuung der angesammelten Mitgliederbeiträge. Es sei nur an die Affäre um die „Neue Heimat“, an Coop und an die BFG (Bank für Gemeinwirtschaft) erinnert. Gewerkschaftliche Aufsichtsräte hatten ungeprüft Entscheidungen der dort autoritär herrschenden Bonzen abgenickt und deren Treiben, wie in einem Klüngel, geduldet. Zum Teil war dies dem Wahn entsprungen, kapitalistischer als Kapitalisten sein zu können und nebenbei, im besten aller Systeme gebe es sowieso keine unternehmensbedrohenden Krisen mehr.

Solche Erscheinungen, die besonders auf sozialpartnerschaftlichem Mist wachsen, gab und gibt es nicht nur in Deutschland. Gerade wurde aus Österreich bekannt, daß der Österreichische Gewerkschaftsbund wegen fragwürdiger Bank- und Investitionsgeschäfte die ihm gehörende Bank für Arbeit und Wirtschaft (BAWAG) für 3,2 Mrd. € verkaufen

mußte. 3 Mrd. € muß der ÖGB als Gesamtverlust abbuchen. Der ÖGB hat damit keine finanziellen Rückhalte mehr, selbst der Streikfonds ist geleert. Kein Wunder, daß der ÖGB im letzten Jahr 40.000 Mitglieder verloren hat und der Organisationsgrad auf unter 40% gesunken ist!

In Deutschland haben die DGB-Gewerkschaften im vergangenen Jahr 281.000 Mitglieder verloren, per Saldo bleibt ein Minus von 192.000. Die Verluste entstanden weniger aus politischen Gründen. Sie sind vor allem Folge von Betriebsschließungen, Branchenwechsel und Massenentlassungen. Tatsache aber bleibt, daß die Zahl der Mitglieder – wenn auch abnehmend – schrumpft. Ende 2006 waren es nur noch 6,58 Millionen. Ausreichende Neuzugänge unter der Jugend, mehr Aktivität der Mitglieder und eine Stärkung des Gewerkschaftsbewußtseins sind nur zu erreichen, wenn sie eine kämpferische Politik verfolgen und vor allem glaubwürdig sind.

Rigoreuse Streichungen bei ver.di

Gerade an dieser Glaubwürdigkeit mangelt es nach wie vor. Die großen Skandale der letzten Jahrzehnte, das Handeln der Bankrotteure und Betrügerbosse hängt noch wie ein Klotz am Bein der Gewerkschaften. Das beeinträchtigt deren Streik- und Sozialkassen bis heute.

Ein böses Beispiel gibt die zweitgrößte DGB-Gewerkschaft ver.di (2,27 Millionen Mitglieder). Dort liegen die eigenen Betriebsräte mit der Gewerkschaftsspitze in hartem Clinch. Seit 2001 wurden dort 1.000 von 5.200 Stellen gestrichen. Dann gab es Nullrunden und Gehaltskürzungen für die ver.di-Beschäftigten. Im Herbst 2006 kam dann der Hammer: Der Bundesvorstand widerrief, mit Zustimmung des Gewerkschaftsrates, die Versorgungszusagen zur betrieblichen Altersversorgung der Mitarbeiter zum 1. Oktober. Ausgenommen sind jene Beschäftigten, die bei der Gründung von ver.di von der DAG und der Deutschen Postgewerkschaft kamen, denn diese hatten das für die Zusatzrente angesparte Vermögen 2001 bei ver.di eingebracht. Ähnlich wie der kapitalistische Staat – Bund und Länder –

bei den Beamtenpensionen, hatte z.B. die ÖTV nicht vorgesorgt, keine Rücklagen gebildet. Für die Altersversorgung hätte ver.di allein in den kommenden Jahren mehrere hundert Millionen Euro aufwenden müssen. Hintergrund der drastischen Entscheidung ist die drohende Pleite von ver.di. Der letzte Geschäftsbericht wies ein Minus von 90 Millionen € aus. Doch danach – so wird berichtet – mußten nochmals 60 bis 75 Millionen für die Tarifaueinandersetzung im Öffentlichen Dienst ausgegeben werden.

Weder damals bei der ÖTV-Spitze noch zu Zeiten von ver.di hat es jemals entsprechende Selbstkritik gegeben, geschweige denn personelle Konsequenzen. Eine scharfe Kontrolle von unten und unabhängige Mitentscheidungs-gremien bezüglich gewerkschaftlicher Investitionen und des Haushaltsgebarens wären längst notwendig gewesen. Stattdessen hat sich die Gewerkschaftsführung bei der ver.di-Gründung selbst saftige Gehaltserhöhungen zugeschanzt – wegen der nun „größeren Verantwortung“!

Das Ergebnis liegt nun vor und die Glaubwürdigkeit in Trümmern.

In diesen Rahmen des Niedergangs passen auch die Vorgänge bei der „Arbeiterwohlfahrt“ (140.000 Beschäftigte). Die Bosse dort wollen nun den Umbau zum „Wohlfahrtskonzern“ vornehmen. Der ist verbunden mit massivem Sozialabbau. Erhöhung der Arbeitszeit auf 42 Stunden, Lohnsenkung um 25%, Reduzierung des Urlaubsanspruchs und Streichung des Weihnachtsgeldes und der Altersversorgung stehen auf dem Programm. Die Verhandlungen mit ver.di wurden abgebrochen. Es gibt nun doch mehr Widerstand, als anfangs befürchtet. Was sagen eigentlich die vielen AWO-Mitglieder und -Spender dazu? Der Bundesjugendwerksvorstand hat die Sache jedenfalls schon einmal beim Namen genannt: *„Bei jeder Schweinerei ist die AWO dabei!“*

Wie weit die deutschen Gewerkschaften gekommen sind in ihrem politischen Abstieg, wird auch aus dem folgenden Nachdruck ersichtlich. Er berichtet ausführlich über den Verkauf von acht Gewerkschaftshäusern, Häuser, die einst mit Arbeitergroschen aufgebaut wurden.

Cerberus – der Höllenhund fand Beute

Gewerkschaften als Immobilienbesitzer und Arbeitgeber: Glaubwürdigkeitsvernichtung pur!



Nach der griechischen Sage ist Cerberus ein dreiköpfiger Hund, der den Eingang zum Hades bewacht, wo die Toten wohnen. Noch nicht gänzlich ins Reich der Toten hinabgeglitten sind der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Einzelgewerkschaften als Besitzer von Gewerkschaftshäusern, insbesondere in Ostdeutschland. Doch dem Reich der Toten und der Unterwelt kommen sie mit dem am 18. Dezember 2006 trotz aller Proteste vollzogenen Verkauf von acht Gewerkschaftshäusern an die Finanzanlagen-(private-equity)-Gesellschaft *Cerberus* schon beträchtlich nahe. Und zwar in mehrfacher Hinsicht:

Die Gewerkschaftsführung setzt sich mit diesem Immobiliendeal brutal über den von vielen Gewerkschaftsmitgliedern klar und deutlich artikulierten und politisch nur zu begründeten Willen hinweg, Herren in ihren Häusern zu bleiben. Hier offenbart sich eine zunehmende Entfremdung zwischen den Gewerkschaftsoberern und ihrer Basis, deren Beibehaltung schwere Lähmungserscheinungen bis hin zum politischen Ableben bewirken kann. Auch dass man die Gewerkschaftshäuser ausgerechnet an ein von Herrn Müntefering wahlkampfbedingt als „Heuschrecken“ bezeichnetes Unternehmen veräußerte, dürfte bei einigen Gewerk-

schaftsmitgliedern die Wut nicht gerade mindern. Noch schädlicher ist jedoch das praktizierte Schweigen über die wirtschaftlichen Hintergründe des Verkaufs.

Warum kam es zum Verkauf der Gewerkschaftshäuser?

2005 geriet die damals dem Beamtenheimstättenwerk (BHW) und der gewerkschaftlichen Beteiligungsgesellschaft (BGAG) gehörende Allgemeine Hypothekbank Rheinboden AG (AHBR) aufgrund platzender Immobilienspekulationsgeschäfte heftig ins Schlingern. Die Bonner Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sah sich veranlasst, die AHBR zu schließen, wenn deren Eigentümer nicht beträchtliche Summen Eigenkapital nachschießen würden. Die BGAG und das (damals zu 50 Prozent ebenfalls der BGAG gehörende) BHW mussten fast 2 Mrd. Euro in die AHBR nachschießen, um die Schließung zu vermeiden. Am 8. Dezember 2005 wurden dann mit einer Mitgift von über 800 Mio. Euro 87,9 Prozent der AHBR Aktien an die US-amerikanische privateequity-Gesellschaft *Lone Star* abgegeben. Die Gesellschafter der BGAG, der DGB und die Einzelgewerkschaften, mussten ihrerseits Hunderte von Millionen Euro aufbringen, um den Kollaps der BGAG zu vermeiden. Mit dem Verkauf der Gewerkschaftshäuser und anderer gewerblicher Immobilien versuchen DGB und BGAG, die riesigen Löcher, die das AHBR Debakel in den Gewerkschaftskassen hervorgerufen hat, notdürftig zu stopfen.

Mit welchen Abfindungen die für die Milliardenpleite verantwortlichen früheren AHBR-Manager verabschiedet wurden, ist bisher nicht bekannt. Auch wurde bisher nichts bekannt, ob und welche Konsequenzen dieser Finanzskandal für die von der BGAG, dem DGB und einigen Einzelge-

werkschaften gestellten Aufsichtsratsmitglieder der AHBR hatte bzw. hat. Deren Kontrollpflichten scheinen, wie noch aus der Zeit des Neue-Heimat-Skandals erinnerlich, wohl überwiegend nach Art der berühmten drei Affen gehandhabt worden zu sein.

Solange sich die wütende Basis gemeinsam mit regionalen Spitzengewerkschaftern darauf beschränkt, die „politisch unsensiblen“ DGB- und BGAG Oberen wegen des Verkaufs der Gewerkschaftshäuser – berechtigterweise – zu kritisieren, sich dabei aber kaum für die wirtschaftlichen Hintergründe des Schlamassels zu interessieren scheint, geschweige denn personelle und strukturelle Konsequenzen für die Aufsichtsräte zu fordern und durchzusetzen, solange bleibt zu befürchten, dass weiterhin millionenfach Mitgliederbeiträge versenkt werden können und die dafür direkt und indirekt Verantwortlichen unbehelligt bleiben.

Gewerkschaften als Arbeitgeber – und die Tarifaufonomie?

Die deutschen Gewerkschaften, ihre Tochterunternehmen und der DGB haben derzeit noch ca. 10 000 Angestellte. Deren kollektive Arbeitsbedingungen werden jedoch nicht, wie es die Gewerkschaften von allen anderen Betrieben und Verwaltungen völlig zu Recht fordern, in Tarifverträgen ausgehandelt und geregelt. Die Gewerkschaften als Arbeitgeber ziehen es in ihren eigenen Betrieben vor, mit den bekanntlich nicht zu Arbeitskämpfmaßnahmen befugten Be-



etriebsräten die Arbeitsbedingungen der Gewerkschaftsbeschäftigten in Betriebsvereinbarungen zu regeln. Mit derart zahnlosen Tigern ist es natürlich wesentlich leichter, den Willen der Gewerkschaftsarbeitgeber durchzusetzen, und so ist nicht verwunderlich, dass die innergewerkschaftlichen Gehaltsrunden zumeist ganz in der Nähe dessen enden, was die Gewerkschaftsarbeitgeber zu deren Beginn geboten oder gefordert hatten. Bei der Gewerkschaft ver.di bedeutet dies, dass seit deren Gründung (Juli 2001) bis heute keine tabellenwirksame Gehaltserhöhung für die Beschäftigten erreicht wurde. Und dies, obwohl die ver.di-Wahlanstellungen (ca. 80 Bundesvorstands- und Landesleitungsmitglieder) sich schon im September 2001 fulminante Gehaltserhöhungen zwischen 61 und 100 Prozent im zuständigen ehrenamtlichen Gremium, dem Gewerkschaftsrat, hatten abnicken lassen.

Verhandlungen über kollektive Arbeitsbedingungen, die nicht auf gleicher Augenhöhe stattfinden, wenn die Arbeitnehmerseite nicht arbeitskampfberechtigt ist, hat das Bundesarbeitsgericht treffend als „kollektive Bettelei“ bezeichnet.

Die kollektive Bettelei in den Gewerkschaftsbetrieben wirkt sich jedoch nicht nur negativ im Bezug auf die Einkommensentwicklung und das Selbstbewusstsein der Gewerkschaftsbeschäftigten aus. Viel problematischer ist, dass die Gewerkschaftsführungen ein Paradebeispiel für die von den Neoliberalen immer wieder geforderten „betrieblichen Bündnisse“ abgeben. Das, was z. B. die Herren Westerwelle, Hundt, Wulff und Frau Merkel fordern, nämlich die definitive Entmachtung der Gewerkschaften als autonome und arbeitskampfberechtigte Tarifvertragsparteien durch die Übertragung ihrer wichtigsten Aufgabe, der Tarifpolitik, auf die nicht zum Arbeitskampf berechtigten Betriebsräte, das praktizieren sie im eigenen Hause nunmehr schon seit über 50 Jahren. Obwohl es seit 1994 mit dem Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten (VGB) eine tarifwillige Koalition in den Gewerkschaftsbetrieben gibt, weigern sich die Gewerkschaftsarbeitgeber, mit ihm in Tarifverhandlungen zu treten. In ihren Betriebsrä-

ten finden sie willige Erfüllungshelfen, diesen Verband klein und schwach zu halten; der Betriebsrat von ver.di Sachsen z.B. verwehrt externen VGB-Beauftragten den Zutritt zu Betriebsversammlungen. Und da viele Gewerkschaftsbeschäftigte Angst um ihre aufgrund stagnierender oder sinkender Beitragseinnahmen gefährdeten Arbeitsplätze haben, unterlassen sie in den Gewerkschaftsbetrieben lieber das, was die Gewerkschaftssekretäre „draußen“ den Beschäftigten in den anderen Betrieben und Verwaltungen predi-

gen: *Organisiert Euch, wehrt Euch gemeinsam ...*

Unser Autor ist als Gewerkschaftssekretär bei ver.di in Leipzig beschäftigt. Infos zum Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten (VGB):
www.derVGB.de

Martin Lesch

Nachdruck von: LEIPZIGS NEUE
linke Zweiwochenzeitung für Politik,
Kultur und Geschichte.

redaktion@leipzig-neue.de,

Tel.: 0341/2132345

Redaktion „Leipzigs Neue“
Braustrasse 15, 04107 Leipzig



Die Plünderer kommen

KKR, Cerberus, Lone Star – ein neuer Investorentyp aus den USA entdeckt die Finanzoase Deutschland

Eine Goodwilltour an die New Yorker Wall Street absolvierte Bundeskanzler Schröder, von der Öffentlichkeit kaum beachtet, vor der Verabschiedung von Hartz IV. „Es gibt ein großes Interesse in den Vereinigten Staaten an der Agenda 2010“, erklärte Schröder im November 2003 nach einem Treffen mit Vertretern führender US-Banken. Zuvor hatte er eine Laudatio auf Sanford Weill gehalten: Der Chef der Citigroup bekam den „Global Leadership Award“. Schröder, der – wie das Handelsblatt weiß – vor einem Rückflug aus New York „schnell mal in der Privatwohnung des mächtigsten Bankers der Welt speist“, lobte den Preisträger und freundlichen Gastgeber enthusiastisch: „Ich bin stolz, diesen Mann meinen Freund nennen zu dürfen, einen Mann mit Mut, Prinzipien und Visionen.“

Über diese Männerfreundschaft und deren Folgen ist bislang wenig bekannt. Nicht nur die Agenda 2010, sondern auch die Steuerreform 2000 (steuerfreie Erlöse aus Unternehmensverkäufen) gehen nicht zuletzt auf die stille, aber erfolgreiche Lobbyarbeit der US-Finanzbranche zurück.

Die Investoren suchen sich die Schmuckstücke heraus, um sie – vor allen „unnötigen“ Kosten befreit – nach kurzer Zeit wieder zu verkaufen. Und das scheint zu gelingen. In-

vestcorp erzielt eine „durchschnittliche Rendite von 25 Prozent“ ...

Die Finanzinvestoren dringen auch in Bereiche ein, die bisher staatlich reguliert sind. Das gilt für die schon genannte Abfallentsorgung Duales System Deutschland (DSD), aber auch für öffentliche und genossenschaftliche Immobilienunternehmen. ... Die Finanzinvestoren Cerberus und Whitehall erwarben die Berliner Wohnungsgesellschaft GWS mit 65 000 Wohnungen. Auch kleinere Bestände werden nicht verschmäht: Cerberus übernahm 2 600 Wohnungen der Degewo, Lone Star kaufte 5 500 Plattenbauten in Berlin. Solche Immobilien versprechen hohe Renditen. ...

Auszehrung der vorhandenen produktiven und finanziellen Substanz in kurzer Frist – das ist das Geheimnis der Finanzinvestoren, die systematische Plünderung betreiben.

Werner Rügemer
aus: Freitag vom 11. Feb.05

Freitag

Verlag und Redaktion: Zeitungsverlag »Freitag« GmbH,
Potsdamer Straße 89, 10785 Berlin
AVZ GmbH, AboService Freitag,
Storkower Str. 127 A, 10407 Berlin.

Fax: 030 428040-42

aboservice@avz-berlin.de

Presseerklärung des Dorfer Bündnis gegen Rechts

Zwischenbilanz nach 2 Jahren



Nach rund zwei Jahren unseres Bestehens, das mit dem Beginn einer neofaschistischen Kampagne gegen das selbstverwaltete Dorfer Jugendzentrum seine Anfänge nahm (siehe *Arsti* Nr. 147, Frühjahr 2005, S.16), halten wir den Zeitpunkt für günstig, eine Zwischenbilanz zu ziehen, sowie eine Einschätzung der aktuellen Situation zu geben und die daraus abgeleiteten Vorhaben unseres Bündnis darzustellen.

Erfolgreiche Kampagne

Im November 2004 starteten Neofaschisten, die zum Teil Mitglieder der NPD waren und sind, eine öffentliche Kampagne gegen das selbstverwaltete Dorfer Jugendzentrum. Sie forderten die Schließung der Einrichtung, das Verbot des Trägervereins und „Alternativen für deutsche Jugendliche“. Im Zuge dieser Kampagne kam es in Dorfen zu drei neofaschistischen Demonstrationen sowie verschiedenen weiteren Aktionen wie Infostand, Flugblattverteilung oder die provokante Teilnahme an einer FDP-Veranstaltung. Unser im Zuge der Gegenmobilisierung im Dezember 2004 gegründetes „Bündnis gegen Nazis“ war und ist seitdem die Plattform derjenigen in Dorfen, die dem Neofaschismus auf der Straße und in den Köpfen entgegenzutreten wollen. Neben dem ganz praktischen Widerstand an der Route der Nazi-Demos organisierten wir Gegenkundgebung, Menschenkette sowie Veranstaltungen, Infostände usw. zum Thema „Rechts“.

Insbesondere unterstützten wir das Jugendzentrum gegen die Angriffe von faschistischer wie auch bald von städtischer und polizeilicher Seite.

Im Sommer 2005 wähten sich die Neofaschisten ihrem Ziel einer Schließung des JZ sehr nah, als die Stadt den Nutzungsvertrag für das Gebäude an der Jahnstraße kündigte. Durch die Schaffung von Öffentlichkeit und die Hinzuziehung des Bayerischen Jugendrings als Vermittler konnte jedoch ein fürs Erste tragfähiger neuer Nutzungsvertrag zwischen Stadt und JZ ausgehandelt und damit die von den Faschisten geforderte Schließung verhindert werden. Indem die Neofaschisten fortan auch öffentlich gegen eine angeblich „rote Stadtführung“ und die Polizei agitierten, weckten sie Widerstände im Dorfer Bürgertum und den Behörden. In völliger Überschätzung der „nationalen Kräfte“ in Bayern kündigten die Neofaschisten für das Jahr 2006 eine Welle allmonatlicher Demonstrationen in Dorfen an, von denen sie nur eine durchzuführen imstande waren. So erreichten sie weder ihr erklärtes Kampagnenziel, die Schließung des Dorfer Jugendzentrums, noch konnten sie ihre wenigen individuellen Kontakte in Dorfen zum Aufbau einer lokalen Struktur (NPD-Ortsverband, Kameradschaft) vorantreiben. Vielmehr hat die Kampagne in Dorfen die Auseinandersetzung mit dem Thema Neofaschismus befördert und einen durchaus vitalen Antifaschismus von unten entstehen lassen, der aber seine Verbündeten in manchen Nachbargemeinden und -städten leider noch vergeblich sucht.

„Dorfen ist bunt“

Mit dem Aktionsbündnis „Dorfen ist bunt“ gibt es seit Sommer `06 nun ein weiteres Bündnis in Dorfen, das sich gegen die NPD-Demonstrationen wendet. Anders als unser Bündnis, das ein reines Personenbündnis ist, vereint „Dorfen ist bunt“ nach dem Muster von Wunsiedels Initiative „Wunsiedel ist

bunt-nicht braun“ Stadtverwaltung und Kirchen. Insofern ist es zwar bedauerlich aber nicht überraschend, daß Abgrenzungsrituale nach Links sowie eine weitgehend unpolitische Herangehensweise die ersten Aktivitäten von „Dorfen ist bunt“ prägten. Nichtsdestotrotz wollen wir auch hier Gelegenheiten des Austauschs, der Diskussion und der praktischen Zusammenarbeit nutzen, wenn es dem Widerstand gegen Neofaschismus und allgemeiner Rechtsentwicklung dient.

Gegen Nazis – Gegen Rechts

Die anfängliche Bezeichnung unseres „Bündnis gegen Nazis“ haben wir Anfang `07 in „Bündnis gegen Rechts“ geändert. Damit wollen wir zum Ausdruck bringen, daß unserer Auffassung nach das Problem des Neofaschismus nicht abzugrenzen ist von allgemein-gesellschaftlichen Einstellungen und Entwicklungen, sondern vielmehr die radikalisierte Variante vorhandener, weitverbreiteter Gedanken- und Verhaltensmuster darstellt. Wie die jüngst veröffentlichte Studie „*Vom Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflußfaktoren in Deutschland*“ (<http://library.fes.de/pdf-files/do/04088a.pdf>) dokumentiert, sind Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus kein Randphänomen, sondern „ein politisches Problem in der Mitte der Gesellschaft“ (S.158). Es kann also nicht genügen, sich in seinem Engagement gegen Rechts auf die neofaschistische „Szene“ zu beschränken, da diese nur die sprichwörtliche Spitze eines Eisbergs darstellt, dem weder durch moralische Vorwürfe, noch durch repressive Mittel des Staates beizukommen ist.



Anschaulich wurde dieses Problem im Falle einer Auseinandersetzung zwischen rechten jungen Erwachsenen mit anderen Gästen und Aktiven im Dorfer JZ im November 2005. Damals kam es zu einer Schlägerei, als die rechte Clique wegen rassistischer Provokationen, dem Zeigen des Hitlergrusses u.a. das JZ verlassen sollte. Nach den anschließenden Ermittlungen teilte die Polizei mit, es hätten sich keine Hinweise ergeben, daß die Provokateure der rechten Szene zugehören, der Dorfer Anzeiger resümierte folglich: „Die Schlägerei (...) hat keinen rechtsradikalen Hintergrund.“ (DA, 4. 4. 2006) Vor diesem Hintergrund überrascht auch nicht die aktuelle Meldung des bayerischen Justizministeriums, wonach zwar die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten 2006 um 15,3% zugenommen habe, es aber nur zwölf Fälle von Körperverletzungsdelikten mit rechtsextremistischem Hintergrund gegeben haben und die Zahl damit signifikant um 58,6% (!) zurückgegangen sein soll. (SZ 15. 2. 2007)

Erforderlich wäre in diesem Fall jedoch, wozu Polizei und „Heimatzeitung“ nicht in der Lage oder willens sind: Eine Ausleuchtung des „vorfaschistischen“ Milieus, das den rassistischen und nationalistischen Nährboden künftiger Neonazis hergibt, auch wenn die darin Beheimateten sich selbst gar nicht als „rechtsextrem“ o.ä. bezeichnen würden.

Neofaschismus in Deutschland

Der organisierte Neofaschismus hat sich in den beiden letzten Jahren bundesweit konsolidiert. Bei den Bundestagswahlen 2005 wählten 3 ½ mal mehr Menschen NPD als bei der vorangegangenen Wahl und in Mecklenburg-Vorpommern zog die NPD mit 7,3% erstmals in den Schweriner Landtag ein. Die Kameradschaftsszene hat zwar punktuell immer wieder mit staatlicher Repression zu kämpfen, gehört aber nachhaltig zu den Motoren der Anbindung gerade Jugendlicher an neofaschistische Ideologie und Praxis. Im Münchner Osten wurde zwar einerseits kürzlich eine neonazistische Wehrsportgruppe nahe Rosenheim ausgehoben, andererseits gründeten sich Ende 2006 in Erding und Lands-

hut neue sogenannte „Kameradschaften“ mit jeweils engen Kontakten zu regionalen NPD-Strukturen. Angesichts der von der NPD angekündigten Wahlkampfoffensive zu den Landtagswahlen in Bayern 2008 ist also bereits 2007 bayernweit mit Infoständen, Veranstaltungen und öffentlichen Kundgebungen zu rechnen.

Allgemeiner Trend nach Rechts

Mit der Konsolidierung des Neofaschismus geht jedoch eine allgemeine Verschiebung nach Rechts einher. Insbesondere in öffentlichen Debatten über „Terror und Islamismus“ schieben sich immer häufiger rassistische Gedankenmuster und autoritäre bis militaristische Gegenkonzepte in den Vordergrund. So wird denn auf noch mehr Überwachung, schnellere Abschiebung, Inhaftierung und Verbot verdächtiger Vereine und Gruppierungen gesetzt statt die sozialen Ursachen anzugehen. Auch im Sport ist ein Umschlagen von nationalistischem und rassistischem Gedankengut zu beobachten, das offensichtlich durch offizielle Kampagnen der Verbände und Vereine nicht in den Griff zu kriegen ist. Die mit zunehmenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr einhergehende Militarisierung der deutschen Gesellschaft im Innern befördert diesen Trend nach Rechts zusätzlich. Jedes öffentliche Gelöbnis, jeder am Schrankenplatz in Erding oder anderswo abgehaltene Zapfenstreich huldigt einem vordemo-

kratischen Autoritarismus, bringt als Lösung sozialer Probleme und Konflikte militärische Optionen ins Spiel und arbeitet so der neofaschistischen Bewegung mit ihrer Forderung nach einem „wehrhaften“ Deutschland, das sich seiner „Besitzer“ und „Parasiten“ entledigt, in die Hände. Die Neofaschisten definieren ihre Standpunkte also nicht neu, sondern greifen das in weiten Bevölkerungsschichten vorzufindende Gedankengut auf und radikalisieren dessen Kernaussagen.

Theorie & Praxis

Aufgrund der hier gemachten Einschätzungen halten wir es für unabdingbar, neben dem praktischen antifaschistischen Widerstand auf der Straße verstärkt die Ursachen des allgemeinen Trends nach Rechts zu diskutieren und dagegen zu intervenieren. Für das Jahr 2007 sind ein Tagesseminar (*Gegen Rechts argumentieren lernen*, April), 2 Veranstaltungen (*Rassismus & Fußball* im Mai, *Vom Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Bayern* im Herbst) geplant. Außerdem werden wir uns weiterhin um eine Arbeitsgruppe bemühen, die die Geschichte Dorfers im Faschismus recherchiert sowie uns mit Themen wie Militarismus und Sozialabbau und deren Rolle hinsichtlich des allgemeinen Trends nach Rechts beschäftigt.

Dorfer Bündnis gegen Rechts,
Februar 2007
www.buendnis-gegen-rechts.net

Anzeige

WERDET MITGLIED IN DER ROTEN HILFE

„Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe e.V. unterstützt nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung, die in der BRD auf Grund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf und der Kampf gegen die Kriegsgefahr. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbote erhalten, vor Gericht gestellt oder zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der

Roten Hilfe e.V. den von der Reaktion Verfolgten in allen Ländern der Erde.“ (§2 der Satzung der Roten Hilfe e.V.)

ROTE HILFE E.V.

Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255, 37022 Göttingen
Tel.: 0551 - 770 80 08
(Di. & Do. 15⁰⁰ - 20⁰⁰ Uhr)
Fax: 0551 - 770 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de



Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Kontonummer: 19 11 00 - 462
BLZ: 440 100 46
Postbank Dortmund

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!

Der Stein des Anstoßes

oder

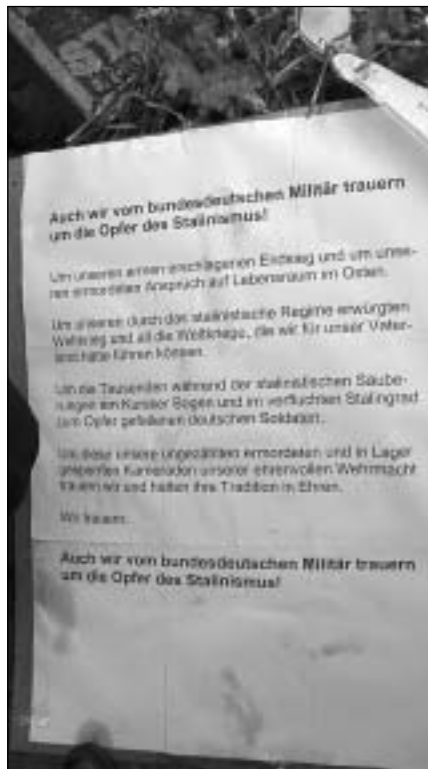
Wie die Versäumnisse der Linken gegen sie verwendet werden

Im November des letzten Jahres wurde bekannt, daß am 11. Dezember 2006 in Berlin ein Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus eingeweiht werden soll. Pikant daran ist, dass er sich auf dem Gelände des Zentralfriedhofs Friedrichsfelde befindet. Direkt gegenüber der Gedenkstätte der Sozialisten.

Eine breitere Öffentlichkeit konnte dies erst am 1. Dezember aus der Tageszeitung *junge Welt* erfahren, 10 Tage vor der Einweihung. In anderen Fällen vergehen meist Jahre von ersten Ideen bis zur Realisierung eines Mahnmals. Hier lagen zwischen der Behandlung des Themas im Lichtenberger Kulturausschuss und der Einweihung aber nur gute zwei Monate. Man kann daher sagen, daß dieser Stein in einer verdeckten Aktion gegen die Linke aufgestellt worden ist. Denn in wenigen Tagen können nur starke gesellschaftliche Kräfte wirkungsvolle Proteste organisieren. Die gegenwärtig existierende radikale Linke, die sich positiv auf die in der Gedenkstätte ruhenden bezieht, kann das nicht.

In einer demokratischen Gesellschaft sollte man vor einer Maßnahme alle Betroffenen informieren, ihnen die Möglichkeit einer Stellungnahme einräumen, und erst dann entscheiden. Das ist hier nicht passiert. Es wurde Hals über Kopf eine Festlegung getroffen. Daher darf man den Verantwortlichen eine böse Absicht unterstellen.

Für eine gezielte Aktion gegen die Linke spricht weiter, dass der Vorschlag für das Denkmal von einem „Förderkreis Erinnerungsstätte der deutschen Arbeiterbewegung Berlin-Friedrichsfelde e.V.“ ausgegangen ist. Dieser Verein ist offensichtlich staatsnah. Laut der Homepage der PDS-Lichtenberg finanzierte diese Vereinigung die Sanierung der Gedenkstätte der Sozialisten mit mehr als „400.000 Euro aus Lottomitteln und anderen Geldern“. (1) Welche linke Gruppe hat Zugang zu Lotto-



mitteln oder kann Spenden in dieser Größenordnung sammeln? Auch die Satzung bekräftigt den Verdacht der Staatsnähe. Bei einer Auflösung des Förderkreises fällt das verbleibende Vermögen an das Land Berlin.

Beim Lesen der Protesterkklärungen konnte man meinen, daß das Denkmal für die Opfer des Stalinismus direkt in der Gedenkstätte der Sozialisten stehen wird. Doch der Eindruck trügt. Sein Platz ist eine Wiese, die sich zwischen dem Vorplatz der Gedenkstätte und dem Ausgang des Friedhofs befindet. Ob diese Wiese schon zur Gedenkstätte oder

noch zum Friedhof gehört, ist Ansichtssache. Viele Linke betrachten den Stein als Entweihung der Gedenkstätte und protestieren aufschärfste.

In einem Interview mit der *jungen Welt* vom 4. Dezember verteidigt die Lichtenberger Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich von der Linkspartei das Denkmal. Auf die Frage, auf wen sich denn der Begriff „Opfer des Stalinismus“ bezieht, erwidert sie: „Auf Kommunisten und Sozialisten, die unter Stalin in der Sowjetunion umkamen.“ Wenn dem so wäre, ließe sich gegen den Stein nichts sagen.

Aber ist dem so? Versteht man in Deutschland unter den Opfern des Stalinismus die unter der Herrschaft Stalins getöteten Linken? Werfen wir doch, um diese Frage zu klären, einen Blick in die Internet-Enzyklopädie Wikipedia. Bei Eingabe des Suchbegriffs „Opfer des Stalinismus“ ist die einzige Fundstelle mit 100% Übereinstimmung ein Eintrag über die „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ (VOS). Geht man auf die entsprechende Seite findet man dort unter der Überschrift „Geschichte“: „Ihre Gründer waren Rückkehrer aus sowjetischen Internierungslagern (Speziallagern), Kriegsgefangene und von der sowjetischen Besatzungsmacht zu Haftstrafen verurteilte Deutsche.“ Wie man sieht, kommen Linke hier nicht vor. Das Spektrum reicht von den Männern, die von der Regierung Hitlers zum Kriegsdienst gezwungen wurden und das Glück hatten nur in Kriegsgefangenschaft zu geraten, über Kriegsfreiwillige, deren Verwendung unverdienterweise ebenfalls im Kriegsgefangenenlager endete, über die Funktionäre der NS-Diktatur bis zu Kriegsverbrechern. Die letztgenannten fanden sich in den Speziallagern wieder.

Speziallager gab es auch in den Westzonen. Sie hatten hier nur andere Namen. Und wie in den Gebieten, die von der Roten Armee befreit wur-

den, haben hier alliierte Gerichte Todesurteile gegen Kriegsverbrecher ausgesprochen. So z.B. im oberbayerischen Landsberg am Lech wo sich das US-Amerikanische *War Criminals Prison No. 1* befand. Hier wurden auch Hinrichtungen durchgeführt. Die Exekutierten liegen dort, wie man der lesenswerten Internetpräsenz der „Bürgervereinigung Landsberg im 20. Jahrhundert“ (2) entnehmen kann, in Ehrengräbern um die sich der Bayerische Staat rührend kümmert.

Nach dem in Deutschland vorherrschenden Verständnis erinnert man also neben der Gedenkstätte der Sozialisten an Naziverbrecher. Die schon erwähnte VOS würde dieser Feststellung sicher massiv widersprechen, aber in der Tendenz sieht sie die Sache ähnlich. Wie man der *jungen Welt* (13. 12. 2006) entnehmen konnte, protestierte der Vorsitzende gegen den Standort. Durch die Nähe zur Gedenkstätte der Sozialisten würden Täter und Opfer in einen Topf geworfen.

Wenn man die Ereignisse seit dem Fall der Mauer genauer betrachtet, ist das kein Wunder. Land auf, Land ab wurde auf dem Gebiet der ehemaligen DDR fast alles getilgt, was an den ersten sozialistischen Versuch in Deutschland erinnern könnte. Man wunderte sich schon, wie verbissen der Wiederaufbau des Berliner Schlosses gefordert wird; aber kein wichtiger Repräsentant der Rechten ist über die Gedenkstätte der Sozialisten hergefallen. Doch mit ihr haben die maßgeblichen politischen Kräfte in Deutschland ein Problem. So wie mit dem Palast der Republik können sie mit ihr nicht umgehen. Dafür gibt es drei Hauptgründe.

Erstens sind dort historische Persönlichkeiten beerdigt, auf die sich auch die heutige SPD positiv bezieht, so z.B. der von den Nazis ermordete Rudolf Breitscheid. Eine Veränderung der Gedenkstätte muß

also die Zustimmung der SPD finden.

Zweitens ist Rosa Luxemburg eine Sozialistin von weltweiter Bedeutung. Eine Umbettung ihrer Reste würde um den ganzen Globus herum kritisch beäugt.

Drittens würde man sich mit einem Abriss in die Tradition der Nazis stellen. Diese hatten das in den 20er Jahren von Mies van der Rohe konzipierte Revolutionsdenkmal für die ermordeten Revolutionäre der Jahre 1918/19 geschleift.

Bei diesen Voraussetzungen müssen die Herrschenden davon ausgehen, dass Veränderungen an der Gedenkstätte internationale Aufmerksamkeit finden werden. Das



wollen sie nicht. Denn damit stünde ihr Ruf, aus der Geschichte gelernt zu haben, auf dem Spiel. Ihre außenpolitischen Interessen sind ihnen gegenwärtig wichtiger als ein paar Gräber von Kommunisten. Deshalb haben sie es jetzt dabei belassen, mit dem Stein den Besuchern der Gedenkstätte zu zeigen, wer hier immer noch (bzw. wieder) die Macht hat.

Die hier beschriebene Lage ist nicht neu. Daher fragt man sich, warum die Berliner Kommunistischen Organisationen nicht ein wachsames Auge auf die Gedenkstätte der Sozialisten hatten. Warum gründeten sie nicht selber einen Verein zur Erhaltung und Pflege des Gräberrondells? Warum forderten sie nicht selber eine Erinnerungsplatte für die unter Stalin ermordeten Sozialisten und Kommunisten, aber mit einem für uns akzeptablen Text? Wäre das beizeiten geschehen, hätte die Bezirksbürgermeisterin der Linkspartei jetzt keine Argumente für das neues Denkmal.

Und auch die liberale Öffentlichkeit würde keinen Bedarf an weiteren Erinnerungssteinen sehen.

Um ein angemessenes Gedenken an die Opfer der stalinschen Repression kann sich aber nur bemühen, wer diese Verfolgungen als das Unrecht betrachtet, das sie waren. Doch einige Kämpfer gegen den Stein verteidigen immer noch Stalins Verbrechen. So zum Beispiel Eva Ruppert. Auf Vorschlag von Kurt Gossweiler hatte sie einen Text für die Debattenseite des *Neuen Deutschland* verfasst. Er wurde aber nicht gedruckt. Nun wird eine „Zensur“ beklagt. Doch wahrscheinlicher ist, daß sich die Redaktion der Zeitung, nach einem Einwand von Ellen Brombacher, einfach nicht getraut hat, offen gegen die Linke zu agieren. Die Vertreterin der Kommunistischen Plattform der Linkspartei kritisierte folgendes: „Würde nun Kurt Gossweiler bzw. Eva Ruppert zum Kronzeugen der Stein-Gegner gemacht, so ermögliche dies eine Art Umkehrschluss – nämlich den Stein-Kritikern eine Pro-Stalin-Haltung zu unterstellen. Es gehört wenig Phantasie dazu, sich die dann daraus resultierende Debatte vorzustellen. Das sei eine perfide Vorgehensweise, die ich als Provokation empfinde.“ (3)

Wenden wir uns nun dem Absatz von Eva Ruppert zu, der die Ermordung von Linken behandelt. Betrachten wir ihn hinsichtlich der Befürchtungen von Ellen Brombacher.

„Nun wendet man ein, die ‚Säuberungen‘ der 30er Jahre in der Sowjetunion unter Stalin hätten so viele unschuldige Opfer gefordert, die man doch auch ehren müsse. Dazu ist zu sagen, dass diese Opfer, die nicht in Abrede gestellt werden, ebenso wie Leid und Tod von 25 Millionen Sowjetsoldaten und Sowjetbürgern, auf das Konto der Hitlerfaschisten und ihrer Hintermänner gehen, die Deutschland aufrüsteten, um einen Stoß gegen die Sowjetunion zu führen, und die einen Keil in die Anti-Hitler-Koalition zu treiben versuchten. Leider führten die notwendigen Maß-

nahmen zu einer Pro-Stalin-Haltung zu unterstellen. Es gehört wenig Phantasie dazu, sich die dann daraus resultierende Debatte vorzustellen. Das sei eine perfide Vorgehensweise, die ich als Provokation empfinde.“ (3)

Wenden wir uns nun dem Absatz von Eva Ruppert zu, der die Ermordung von Linken behandelt. Betrachten wir ihn hinsichtlich der Befürchtungen von Ellen Brombacher.

nahmen gegen einen faschistischen Überfall und die Bildung einer Fünften Kolonne dazu, dass auch Unschuldige betroffen wurden.“ In der beim ND eingereichten Fassung folgte dem der Satz: „Selbst von Antikommunisten wird die Rechtmäßigkeit der Prozesse der dreißiger Jahre nicht bestritten.“ (3)

Bei so einer Sichtweise kann man froh sein, dass der Text nicht erschienen ist.

Man muß sich die Vorgänge direkt auf der Zunge zergehen lassen. Da sorgen sich politische Kräfte die nun wirklich nichts mit konsequenter sozialistischer Politik am Hut haben um ermordete Kommunisten. Sie nehmen sie als Begründung für einen Gedenkstein an die Opfer des Stalinismus, mit dem nach herrschendem Verständnis rechtsradikaler gedacht wird. Das liberale Milieu wendet sich nicht gegen den Stein da, natürlich zurecht, an alle unschuldigen Opfer erinnert werden muß. Daß hier Nazis gedacht wird, erkennen sie nicht. Und eine kleine, aber lautstarke Minderheit unter den Kommunisten stellt sich so dar, wie Kommunisten von Antikommunisten immer dargestellt werden. So liefern sie die besten Argumente gegen die kommunistische Bewegung.

Wenn ihnen schon die Einsichtsfähigkeit in das gewesene Unrecht abgeht, sollte ihnen aber klar sein, daß sie ein Hindernis für das Wiedererstarken der kommunistischen Bewegung sind. Welcher vernünftige Mensch tritt freiwillig in eine Organisation ein wo er, bei abweichenden Ansichten, seines Lebens nicht mehr sicher ist?

Daher müssen auch kommunistische Organisationen „Aus der Geschichte lernen“. Das bedeutet, daß man die Verfolgung von Andersdenkenden unter Stalin, und während anderer sozialistischer Versuche, nicht verschweigen darf! Durch das Wachhalten der Erinnerung an die Opfer können wir zeigen, daß das Austragen von Meinungsverschiedenheiten mittels Repression von uns abgelehnt wird.

Wie soll man in Zukunft mit dem Stein umgehen? Eigentlich gehört er durch eine angemessene Erinnerung an die Betroffenen der Massenrepression in der UdSSR der 30er Jahre ersetzt. Dieser Forderung müssen

sich auch Politiker der Linkspartei anschließen können. Besonders wenn es ihnen wirklich um „Kommunisten und Sozialisten, die unter Stalin in der Sowjetunion umkamen“ geht. Leider ist das nicht zu erwarten. Der Stein ist für sie doch ein schönes Mittel aufrechte Sozialisten zu vergraulen. Besteht für die neoliberale Strömung dieser Partei doch durch die Vereinigung von WASG und PDS die Gefahr, von links unter Druck zu geraten. Da man das nicht offen aussprechen kann, wählt man für diesen Zweck eben einen Nebenkriegsschauplatz.

Es wird also viel Zeit ins Land gehen, bis der Stein beseitigt wird. So sind leider die Kräfteverhältnisse. Doch möglicherweise haben die von der Berliner Linkspartei mitgetragenen Kürzungen auch etwas Gutes. Vielleicht zwingt das die Friedhofsverwaltung zum Sparen. Planstellen für Friedhofsgärtner werden gestrichen und es bleibt niemand, der das Unkraut entfernt. Mit der Zeit wird der Stein von Pflanzen überwuchert und vergessen.

Doch diejenigen, die darauf nicht warten wollen, sollten vor einer Aktion einen Offenen Brief von Vertretern der Kommunistischen Plattform zur Kenntnis zu nehmen. Die bekannten Mitglieder, darunter Sahra Wagenknecht, geben zu bedenken:

„Es wäre mehr als schädlich, käme die Gedenkstätte der Sozialisten zukünftig dadurch in die Medien, dass der besagte Stein in irgendeiner Weise besudelt würde. Deshalb bitten wir alle sich zu den Provozierten Zählenden, niemandem einen Vorwand zu liefern, letztlich jene in Verruf zu bringen, die sich dem Vermächtnis von Rosa und Karl und ebenso von Hugo und Werner Eberlein verpflichtet fühlen. Springen wir nicht über den Stock, der uns hingehalten wird.“ (4)

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(1) <http://www.pds-lichtenberg.de/fraktion/aktutxt.htm>

(2) <http://www.buergervereinigung-landsberg.de/kriegsverbrecher/kriegsverbrecher.htm>

(3) *Offensiv 1/2007*

(4) *Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Linkspartei.PDS 1/2007*

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 154 Winter 2006/07, 44 S.

- Ausverkauf des Staates
- Gewerkschaften 2006
- Zum neuen DKP-Programm
- Die Jahreskonferenz der Gruppe
- Spanien: Sozialismus a la Sozialdemokratie
- Ungarn 1956
- ein lebenslanger Außenseiter – Fritz Lamm

Nr. 153 Herbst 2006, 32 S.

- Krieg im Nahen-Osten
- Umverteilung nach alten Rezepten
- NPD in Sachsen
- Bildung als Ware
- Zum Spanischen Bürgerkrieg
- Rezensionen: Wer war Peter Maslowski?

Nr. 152 Sommer 2006, 36 S.

- Nein zu einem deutschen Militäreinsatz im Kongo
- IG-Metall-Tarifrunde 2006: Weiter in der Defensive
- ver.di-Abschluß auf Länderebene
- Uruguay – Teil einer linken Achse?
- Tschechische Wahlen und danach
- Wolfgang Abendroth – Ein Leben in der Arbeiterbewegung
- Wahlsiege der Kommunisten in Indien

Nr. 151 Frühjahr 2006, 40 S.

- Die soziale Kluft wächst
- Neue Regierung – Neue Politik?
- Zum Tod des Genossen Manfred Behrend
- Damit Menschen in Würde leben können
- Wir sind O&K, wir bleiben hier, dafür streiken wir!
- Kann Ver.di die 38,5-Stundenwoche verteidigen?
- Die Wahlen in Chile
- Eine unmoralische Kriegscoalition

Nr. 150 Winter 2005, 40 S.

- Große Koalition: „Heulen und Zähneklappern“
- Streik bei Infineon
- Die Jahreskonferenz der Gruppe
- Nach der Wahl
- Linkspartei.PDS und WASG nach der Bundestagswahl
- Das Anwachsen des Faschismus – Wiederholt sich Weimar?
- Wichtige Ereignisse in Großbritannien
- Die erste Gysi-Biographie

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

VGH-Urteil zu Berufsverbot

Wider den staatsautoritären Geist vergangen geglaubter Zeiten

Am 13. März 2007 fand vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim die Berufungsverhandlung um das Berufsverbot gegen den Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszkcóczy statt. Das Verwaltungsgericht Karlsruhe hatte seine Klage in erster Instanz abgewiesen und das gegen ihn verhängte Berufsverbot bestätigt.

Dem Lehrer war vom Land Baden-Württemberg 2004 die Einstellung in den staatlichen Schuldienst hauptsächlich mit der Begründung verweigert worden, er habe sich in der „Antifaschistischen Initiative Heidelberg“ politisch betätigt. Im Dezember 2003 hatte ihm das Oberschulamamt Karlsruhe mitgeteilt, das Innenministerium Baden-Württemberg hätte gegen seine Einstellung als Realschullehrer interveniert, weil „Zweifel daran bestünden, dass er jederzeit Gewähr biete, voll einzutreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ – die gleiche Formel, mit der ab 1972 mit dem sogenannten „Radikalerlass“ gegen politisch aktive Lehrerinnen und Lehrer und andere Beamte Berufsverbote verhängt wurden. Ein „vertieftes Einstellungsgespräch“ beim Oberschulamamt im April 2004 räumte diese Zweifel nicht aus. Michael Csaszkcóczy erhob daraufhin Klage gegen das Land Baden-Württemberg. In der Erwiderung auf die Klagebegründung erweiterte das Regierungspräsidium Karlsruhe die Vorwürfe gegen ihn noch um Mitgliedschaften in der VVN-BdA e.V. und der Roten Hilfe e.V., nachdem zuvor schon der Verfassungsschutz im Zuge linksextremistischer Aktivitäten ergänzend auf zwei Belege gewerkschaftlicher Solidarität hingewiesen hatte (Solidaritätserklärungen der GEW).

Für das Schuljahr 05/06 hatte Michael Csaszkcóczy schließlich als geeignetster Bewerber eine Stelle an einer hessischen Schule und die Einstellungszusage für die Übernahme ins Beamtenverhältnis auf Probe vom Staatlichen Schulamt erhalten. Nur zehn Minuten vor der ersten Lehrerkonferenz untersagte das Schulamt dem Rektor jedoch, die Einstellung zu unterschreiben. Das hessische Kultusministerium argumentierte ähnlich

wie das baden-württembergische. „Wer das Grundgesetz nicht achtet, hat in der Schule nichts verloren“. Schon die Einstufung der Antifa-Initiative durch den Verfassungsschutz als linksextremistisch lasse Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers aufkommen.

Eine breite Protestkampagne unter Beteiligung der GEW, der Roten Hilfe, des Komitees für Grundrechte, der Internationalen Liga für Menschenrechte und zahlreicher anderer Organisationen begleitete und begleitet den Kampf Michael Csaszkcóczys um seine Einstellung in den Schuldienst. In Heidelberg, Mannheim und Karlsruhe fanden Demonstrationen statt, bundesweit wurde auf Veranstaltungen über das Berufsverbot und den Stand des Verfahrens berichtet, es gab Solidaritätserklärungen und eine Unterschriftenkampagne.

Vor der Berufungsverhandlung in Mannheim nahm Prozessbeobachter und Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, Dr. Rolf Gössner, dazu Stellung: „Der VGH hat nun die Pflicht und Aufgabe, das Urteil des Verwaltungsgerichts daraufhin abzuklopfen, ob es gegen die Grundrechte des Betroffenen auf Berufs- und Meinungsfreiheit verstößt. Aus der Karlsruher Urteilsbegründung spricht jedenfalls ein illiberaler, staatsautoritärer Geist vergangen geglaubter Zeiten, der dem Duckmäusertum im öffentlichen Dienst Vorschub leistet.“ Es passe nicht „zu einem demokratischen Rechtsstaat“, so Gössner, „dass ein engagierter Antifaschist aus Gesinnungsgründen vom Schuldienst ferngehalten wird, dem persönlich kein Fehlverhalten vorzuwerfen und der für den Lehrerberuf bestens qualifiziert ist“.

Presseerklärung der Roten Hilfe e.V. Gericht erklärt Berufsverbot für Unrecht

Göttingen, 14.03.2007

In seinem heutigen Urteil hat der Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Mannheim das vom Kultusministerium Baden-Württemberg verhängte Berufsverbot gegen den Realschullehrer Michael Csaszkcóczy für unzulässig erklärt und die Behörde zu einer neuen Entscheidung verpflichtet. Damit ist dem Versuch, die Praxis der Berufsverbote als politisches Repressionsinstrument gegen Linke wieder zu beleben, eine klare juristische Absage durch das höchste Gericht Baden-Württembergs erteilt worden.

Nachdem sich schon in der gestrigen mündlichen Verhandlung die Unhaltbarkeit zahlreicher frei erfundener Vorwürfe gegen den Heidelberger Antifaschisten gezeigt hatte, betont die aktuelle Presseerklärung des VGH, „die dem Kläger vorgehaltene ‘Sündenliste’ mit zahlreichen Einzelvorfällen sei nicht geeignet, die Annahme mangelnder Verfassungstreue zu rechtfertigen“.

Aufgrund der Rechtslage kann das Gericht das Ministerium zwar nicht zur Einstellung verpflichten, wie es halb bedauernd in seiner Veröffentlichung feststellt, sondern kann nur die Berücksichtigung positiver Aspekte anmahnen. Dennoch ist ein erneutes Berufsverbot durch die Behörde, die die Einstellung nun neu beurteilen muss, nicht denkbar. Damit hat der VGH ein klares Signal gegen die grundrechtswidrige Praxis der Berufsverbote gesetzt, mit der einzelne linke AktivistInnen ihrer Lebensgrundlage beraubt und alle kritisch denkenden Menschen eingeschüchtert und mundtot gemacht werden sollen.

Ebenso richtet sich das Urteil gegen die Bespitzelungsarbeit des Verfassungsschutzes, der das Berufsverbot aufgrund seiner in über zehnjähriger Überwachung gewonnenen „Erkenntnisse“ initiiert hatte: die Ergebnisse dieser „Arbeit“ werden von den Richtern als irrelevant für die Beurteilung des Lehramtsbewerbers eingestuft.

Auf diese Weise hat nicht nur Michael Csaszkcóczy einen klaren Sieg errungen, indem seiner Einstellung in den Schuldienst nichts mehr im Wege stehen sollte. Mit der eindeutigen Absage an die außerhalb jeder rechtsstaatlichen Kontrolle ausgeübten und mit oft frei erfundenen „Indizien“ gerechtfertigten Repressionsmethoden des Kultusministeriums ist die von den Bundesländern Baden-Württemberg und Hessen angestrebte Wiedereinführung der Berufsverbote gescheitert.

Wir fordern die sofortige Übernahme Michael Csaszkcóczys in den Schuldienst sowie die umfassende Rehabilitation aller früheren Berufsverbotsopfer.

Mathias Krause für den Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.

Literaturliste

- K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik 1985, 234 Seiten , 14,00 €
- Vorwort von Paul Frölich zum Werk von Rosa Luxemburg: Gegen den Reformismus (z. Zt. vergriffen) 42 Seiten, 1,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“ 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk) Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: Gegen den Strom, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) 1931, 75 Seiten, 3,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter? 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 2,50 €
- Die Potsdamer Beschlüsse, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 5,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 3,00 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 4,00 €
- Ostblock - Westblock, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 7,50 €
- Der Faschismus in Deutschland, Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



240 Seiten, Paperback,
 € 12,-
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben
 von der Gruppe Arbeiterstimme

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

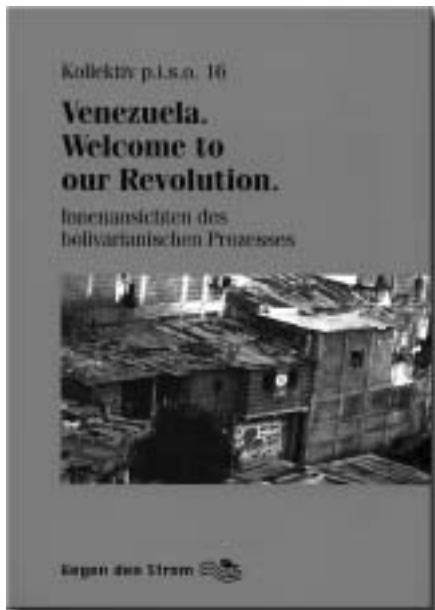
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten,
 Paperback,
 € 20,-
 ISBN 3-87975-767-4

Venezuela - Welcome to our Revolution

Innenansichten des
 bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
 € 10,-
 ISBN 3-9809970-1-4
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bistlang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:
Gegen den Strom
 Schwanthalerstraße 139
 80339 München
 gds-verlag@gmx.de

oder:
 T. Gradl
 Postfach 910307
 90261 Nürnberg



624 Seiten,
 Paperback,
 € 20,-
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
 T. Gradl
 Postfach 910307
 90261 Nürnberg